

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM., frei ins Haus, vorausschickend Einzelne Nummern 10 Pfennig. **Vollbezug:** Monatlich, vom Postamt abgeholt 1.50 RM., vom Briefträger ins Haus gebracht 1.64 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.— RM., für das übrige Ausland 4.50 RM. monatlich. Versand ins Reich bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM. **Belegstellungen** nehmen an Täglichkeit, Hollands, Bulgarien, Schweden und die Schweiz. **Eintragungen in die Post-Zeitungskarte** sind **erforderlich**.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Freitag, den 26. Juli 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Westplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Westplatz, Nr. 151 90—151 97.

Heftige Teilkämpfe zwischen Reims und Soissons

Hussarek und die Deutschbürgerlichen.

Das Gelingen der „Mission“ Hussareks wurde anfänglich bezweifelt, weil die deutsch-bürgerlichen Parteien von ihrem geliebten Seidler nicht zu lassen schienen. Inzwischen haben aber die Deutschradikalen, die eigentliche Kerntruppe des früheren Ministerpräsidenten im Nationalverband endlich eine wohlverdiente Schlappe erlitten. Die Mehrheit lehnte sich gegen ihre Führung auf, die sie dank einer unerschämten Demagogie trotz ihrer kleinen Zahl an sich gerissen hatten, die aber das Deutschtum in Österreich von Niederlage zu Niederlage geführt hatte. Die Mehrheit hat die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten beschlossen und so die Aussicht auf einen Abschluß der Reichsratsstagung eröffnet, der unter den obwaltenden Umständen befriedigen kann. Die Deutschradikalen hätten eine Sprengung des Parlaments am liebsten gesehen und waren bereit, dieses lebensgefährliche Experiment zu wagen, um in einer neuen Aera Stürgkh ihre persönlichen und Parteinteressen in den Vordergrund zu schieben. Charakteristisch dafür ist, daß einer ihrer Führer, der Abg. Teufel, am liebsten den Antrag auf die geheime Verhandlung der Interpellation über die Vorgänge an der Südwestfront zu Fall gebracht hätte, um das Parlament zu discredieren!

Es ist zu hoffen, daß die Ausschaltung der deutschradikalen Lämmergeister von Dauer ist. Die Politik der Deutschösterreicher kann dadurch nur an positiven Erfolgen reicher werden und im verbündeten Deutschland selbst verlorene Achtung wiedergewinnen.

Den Wiener Blättern zufolge dürfte der Ministerpräsident Freiherr Hussarek sämtliche Minister des Kabinetts Seidler in sein Ministerium übernehmen, mit Ausnahme der beiden polnischen Minister v. Zwardowski und Cwiklinski, die nach Wunsch des Polenklubs ausscheiden sollen. An Stelle des Unterrichtsministers Cwiklinski soll der Sektionschef v. Madawski und an Stelle des polnischen Landmannministers Madawski der Sektionschef im Finanzministerium v. Galecki treten. Das neue Ministerium dürfte bereits heute in der Sitzung des Abgeordnetenhauses erscheinen. Die Abstimmung über das Budget wird spätestens am Sonnabend erfolgen, worauf das Haus die Sommerferien antreten soll.

Die Auslegung des Brest-Friedensvertrages.

Die Berliner deutsch-russischen Verhandlungen.
 Seit einigen Wochen weist eine Meldung der Sowjetregierung in Berlin, um mit der deutschen Regierung über die Auslegung des Brest-Litovsker Friedensvertrages Verhandlungen zu führen. Der Wunsch zu diesen Verhandlungen war von der Sowjetregierung in Moskau ausgegangen, und er fand beim Staatssekretär von Kühlmann sofort sympathische Aufnahme. Die Verhandlungen, die noch unter der Leitung des Herrn v. Kühlmann begonnen wurden, stehen nunmehr vor dem Abschluß. Sie haben, wie der Vertreter der „Frankf. Ztg.“ hört, in sämtlichen Punkten zu einer Einigung geführt.

Vaterland nicht versenkt? Versenkung der Justicia.

Wolffs Bureau teilt mit:
 Äußerungen der englischen und französischen Presse zufolge soll das am 20. Juli von einem deutschem U-Boot nordwestlich Irland torpedierte Schiff nicht der Dampfer Vaterland, sondern der im Jahre 1917 in England fertiggestellte 32120 v. R.-Ts große Turbinendampfer der White-Star-Linie Justicia gewesen sein. Ehe zu dieser Meldung von amtlicher deutscher Seite Stellung genommen werden kann, muß erst die mündliche Berichterstattung der beteiligten gewiesenen U-Boot-Kommandanten abgewartet werden. Der fürlich über die Versenkung der Vaterland erfolgten Veröffentlichung lagen funktentelegraphische Meldungen zu Grunde.

Nach einer späteren Meldung dauerte der Kampf des Dampfers Justicia mit dem U-Boot 24 Stunden. Der erste Torpedo zerstörte den Maschinenraum und brachte das Schiff zum Stehen. Hierauf wurden die anderen Torpedos abgefeuert, wobei aber nur zwei zur Wirkung gelangten.

Sicher ist, daß die Justicia einem deutschen U-Boot zum Opfer fiel. Das Schiff hatte 700 Kämpfer an Bord. Nach Behauptung gereiteter Personen sollen 10 Torpedos gegen das Schiff abgefeuert worden sein. Nach Holländisch Neuwes-Bureau wurde das Schiff schon am Freitag von mehreren U-Booten angegriffen. Zwei Torpedos trafen. Am Sonnabend fand ein neuer Angriff statt, der das Schiff zum Sinken brachte.

Die „Daily Mail“ erzählt: Die begleitenden Geschütze griffen die U-Boote an. Patrouillenfahrzeuge leisteten ihnen Beistand, und ein Schlepddampfer nahm das Schiff ins Schlepp. Zwischen 8 Uhr nachmittags und 8 Uhr früh wurden 7 Torpedos auf die Justicia abgefeuert. Der erste Torpedo traf. Um 10 Uhr morgens kam ein U-Boot an die Oberfläche und feuerte zwei Torpedos ab,

Heftige feindliche Teilangriffe südlich des Durca und südwestlich von Reims — Oesterreichischer Vorstoß in Albanien.

Berlin, 25. Juli 1918, abends. Amtlich.
Heftige Teilkämpfe auf dem Schlachtfelde zwischen Soissons und Reims.
 Amtlich. Großes Hauptquartier, 25. Juli 1918. (W. Z. N.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Zwischen Bucquoy und Hebuterne griff der Feind am Abend unter starkem Feuersturm an. Er wurde abgewiesen. Ebenso scheiterten Vorstöße, die der Feind westlich von Albert und aus Mailly heraus führte.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 An der Schlachtfeldfront zwischen Soissons und Reims lief die Kampftätigkeit gestern nach. Kleinere Infanteriegefechte im Vorgelände unserer Stellungen. Südlich des Durca und südwestlich von Reims führte der Feind heftige Teilangriffe, die wir in Gegenstößen zurückschlugen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.
 In den Bogenen brachte bayerische Landwehr von einem schnell durchgeführten Unternehmen Gefangene zurück.
 Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Der österreichische Bericht. Italienischer Kriegsschauplatz.

Wien, 25. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:
Italienischer Kriegsschauplatz.
 Keine besonderen Ereignisse.
Albanien.
 Gestern früh haben unsere Truppen bei Kuci den Uebergang über den Semeni erlangt. Unsere tapferen Bataillone hatten heftigen feindlichen Widerstand zu überwinden. Es wurden zahlreiche Gefangene eingebracht. Auch zwischen Kuci und dem Meer führten erfolgreiche Vorstöße zu Geländegewinn.
 Der Chef des Generalstabes.

die das Schiff vorn und rückwärts trafen. Die Justicia sank um 1 Uhr nachmittags.

Die Justicia, das zweitgrößte Schiff der Welt, gehörte früher der Holland-Amerika-Linie, hieß damals Statendam, wurde von der englischen Regierung requiriert und fuhr dann für die White-Star-Linie.

Die Kiewer Friedensverhandlungen. Miljukow unbequem?

Diese Woche fand eine Vollversammlung der ukrainisch-russischen Friedenskonferenz statt. In den letzten Tagen fand ferner eine geschlossene Sitzung in politischen und anderen Kommissionen statt, die die Frage der Reichsgrenze, ferner Eisenbahn-, Post- und Telegraphenfragen, Warenaustausch zwischen Ukraine und Rußland und Schadenersatzfragen besprachen. In einigen Fragen ist eine Einigung bereits erzielt. Aus autoritativer Quelle wird gemeldet, daß die ukrainische Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Krim der Ukraine einverleibt werden müsse.

Der Ministerrat beriet dieser Tage über die Anwesenheit Miljukows in Kiew, und einige Regierungsmitglieder finden, daß die Anwesenheit Miljukows in der ukrainischen Hauptstadt falsch ausgelegt werden könne, da in letzter Zeit um Miljukow politische Gruppen entstehen, die nicht der jeglichen Politik der Ukraine entsprechen. Daher erscheint es wünschenswert, daß Miljukow seinen Wohnsitz verändere. Miljukow soll die Absicht haben, in den nächsten Tagen Kiew zu verlassen.

Vom Mittwoch meldet Wolff aus Kiew: In einer gemeinsamen Sitzung der politischen Kommission der ukrainisch-russischen Friedensdelegation wurde nach langen Debatten, da keine Einigung zu erzielen war, auf Vorschlag der ukrainischen Delegierten ein Unterausschuß zur genauen Feststellung der ethnographischen Grenze gewählt.

Kiew, 24. Juli. Heute findet in Kiew eine Beratung der Vertreter der russischen Verpflegungsorganisationen über die Anbahnung eines Warenaustausches zwischen Rußland und der Ukraine statt. Vertreten sind das Verpflegungskomitee der Moskauer Stadtverwaltung, die Zentralgenossenschaft der Arbeiter und der Oberste Wirtschaftsrat. Zur Beratung steht die Frage des Austausches von Stroh gegen Schmieröl. Die Frage der Getreidelieferungen ist im Hinblick auf die in Großrußland zu erwartende vorzügliche Ernte etwas zurückgetreten.

Das schutzzöllnerische England.

Das britische Kriegskabinet hat sich entschlossen, die Einführung von Vorzugszöllen zugunsten der Kolonien bei der Erhebung von Zöllen bevorzugen zu können, muß England selbst allgemeine Schutzzölle haben. England, der letzte große freihändlerische Staat, geht damit zum Schutz Zoll über! Das Unterhaus wird bereits am nächsten Dienstag eine Debatte über die künftige Handelspolitik abführen.

Der Uebergang Englands zum Schutz Zoll ist eine der wichtigsten Kriegstatistiken, die über ihre unmittelbare große wirtschaftliche Bedeutung hinaus auch politisch auf das nachhaltigste wirken wird.

Der Schutz Zoll ist für den Ausbruch dieses Krieges in hohem Maße verantwortlich, weil er die wechselseitige wirtschaftliche Verschmelzung der Nationen verwehrte, das Risiko des Krieges verminderte und zugleich jenen Geist der gegenseitigen Handelsseinerfucht züchtete, der recht eigentlich die seelische Disposition zu diesem ungeheuerlichen Ereignis geschaffen hat. Es scheint ein Verhängnis, daß der Krieg die Fesseln und Bindungen des Schutz Zolles nicht sprengt, sondern noch enger schürt. Die Rücksicht auf die Währung und auf die durch den Krieg selbst oder den Warenmangel geschwächten Industrien hat bereits während des Krieges zu der denkbar schärfsten Form des Protektionismus geführt: dem allgemeinen Einfuhrverbot, von dem nur in besonderen Fällen Ausnahmen zugelassen werden. Nach dem Kriege werden zwei Umstände die allgemeine schutz zöllnerische Tendenz noch stärken: Die Finanznot und die Sorge, für manche während des Krieges treibhausmäßig entwickelten Industrien wenigstens den inneren Markt zu sichern.

Alle diese Motive sind für die Bestimmung der englischen Handelspolitik nach dem Kriege maßgebend. Ein starkes Hindernis finden aber die schutz zöllnerischen Bestrebungen in dem Charakter Englands als des größten Warenmarktes der Welt. Diese bevorzugte Stellung gründet sich geradezu auf den Freihandel. In dem Maße, in dem England der größte Warenmarkt nach dem Kriege bleibt, wird auch der Widerstand gegen den Schutz Zoll steigen oder fallen und sich besonders der Umfang seiner Anwendung bestimmen. Für den Uebergang zum Schutz Zoll wirken aber auch besondere Umstände, welche den Einfluß des Bedürfnisses nach einem möglichst freien Warenverkehr aufheben.

England konnte sich den Freihandel leisten, weil es bis zu Kriegsausbruch das Land des billigsten Kredits gewesen ist und damit in einem der wichtigsten Produktionsfaktoren der modernen Wirtschaft einen unerreichten Vorsprung vor seinen Wettbewerbern hatte. Diese bevorzugte Stellung geht durch den Weltkrieg unwiderruflich verloren. Die Vereinigten Staaten sind aus einem Schutz zöllnerischen Gläubigerland geworden und werden diesen Charakter dank ihres unerlöschlichen Reichtums an Land und Bodenschätzen während der Uebergangswirtschaft noch verstärken.

Diese wirtschaftliche Tatsache hat aber auch die größte politische Bedeutung. Eine der stärksten Ketten, die das Mutterland mit seinen Kolonien verband, war die Befriedigung des Geldhungers dieser Länder in London. Nirgendwo konnten die jungen Gemeinwesen jenseits des Ozeans den für ihre Entwicklung unentbehrlichen Kredit so leicht und so billig erhalten, wie in dem Mutterlande. Wenn England nach dem Kriege diesen Vorteil nicht mehr zu bieten vermag, so muß es ein neues starkes Band suchen, das alle Glieder des weiten Reiches zu einer Einheit verbindet. Es sucht diesen Vorteil in der Schaffung eines bevorzugten Marktes für die Rohstoffe und landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Kolonien. Diese Politik schädigt auch die Vereinigten Staaten, die dann unter ungünstigeren Umständen mit Canada, Australien, Neuseeland und Südafrika in der Verjüngung des britischen Rohstoff- und Rohstoffmarktes konkurrieren müssen. Das Gewicht dieser Tatsache wird dadurch gemindert, daß die Ausfuhr der Vereinigten Staaten an Lebensmitteln infolge ihrer steigenden Industrialisierung in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

Die Bevorzugung der Kolonien bei der Erhebung der Steuer kann nur ein Anfang sein. Es können sich an sie Versuche weiterer Differenzierungen schließen. Einfuhrreiche englische Handelskammern haben schon in den ersten Kriegsjahren verlangt, daß nicht nur die Kolonien, sondern auch die jetzigen Verbündeten Englands bevorzugt werden und daß umgekehrt die Feinde Englands mit einem Aufschlag auf die allgemeinen Zollsätze bestraft werden. Würde dieser Plan verwirklicht, so ergäbe sich eine Vielheit von Zolltarifen. Der allgemeine Zolltarif hätte für die jetzt neutralen Länder zu gelten und wäre, da deren Raub sehr beschränkt ist, nur von untergeordneter Bedeutung. Ein Tarif mit verschärften Zöllen wäre für die Feinde Englands bestimmt. Ein Tarif mit einer bescheidenen Bevorzugung käme den Verbündeten zu Gute. Und schließlich hätten sich die Kolonien eines besonders niedrigen Zollsatzes zu erfreuen.

Ein so kompliziertes Zollsystem würde aber nicht einmal von Deutschland oder Frankreich ohne Schaden für die

Abwicklung der Geschäfte ertragen werden. Will England seine Stellung als internationaler Warenmarkt auch nur in bescheidenem Umfang behaupten, so kann es sich auf ein so verlässliches und beständliches Zollsystem nicht verlassen. Die auf seine Einführung hinanzehenden Vorschläge sind keine Zeugnisse ruhiger abwägender Verstandes, sondern Ausgebirgen der Kriegsdichtheit.

Der Uebergang Englands zum Schutzzoll ist für Deutschland von einschneidender Bedeutung. England war im Frieden der stärkste Käufer deutscher Ware. Mit seinen Kolonien zusammen nahm es ein Fünftel der ganzen deutschen Ausfuhr auf. Niemals kann eine Erleichterung der deutschen Ausfuhr in das arme und wenig verbrauchsfähige Oesterreich-Ungarn einen Ersatz für den Verlust des englischen Marktes bieten.

Ueber diese wirtschaftliche Bedeutung hinaus ist der handelspolitische Zusammenschluß Großbritanniens ein politisch wichtiger Akt. Wie Deutschland durch den Zollverein, so wird das englische Weltreich durch die Vorzugszölle zu einer neuen feiner verbundenen Einheit zusammengefaßt. Die Erfahrungen dieses Weltkrieges haben eindringlich — und leider zur Ueberzeugung einflussreicher deutscher Behörden — bewiesen, daß Großbritanniens in viel höherem Maße eine geschlossene Einheit ist als es die Volkmeinung in Deutschland vor dem Kriege glauben wollte. Auf allen Schlachtfeldern sind den deutschen Soldaten kanadische, australische, neuseeländische, südafrikanische und indische Divisionen entgegengetreten. Lloyd George, der ehemalige Freihändler, arbeitet planmäßig auf die Stärkung dieser Einheit hin, indem er ihre wirtschaftliche Grundlage erweitert und die kolonialen Minister bei allen wichtigen Entscheidungen hört.

Der enge wirtschaftliche und politische Zusammenschluß des britischen Weltreiches ist zugleich eine schlagende Widerlegung unserer Amerikanisten, die nur in Quadratkilometern denken können. Durch einen Vertrag, durch die Schaffung eines intimeren Zusammenhanges soll das britische Weltreich außerordentlich gestärkt werden, und für Deutschland entsteht die Gefahr, mehr oder minder aus seinem kaufkräftigen Absatzgebiete verdrängt zu werden. In diesem eindringlich wirkenden Beispiel erhellt die Wichtigkeit des Abzuges, der hier schon so oft ausgesprochen worden ist: „Vertragsrechte sind wichtiger als Gebietsrechte.“ Das Gebot nach Landterwerb führt bloß in die Irre!

Belgien und Vlarnenpolitik. Neue Erklärung Hertlings.

Aus Brüssel meldet das „Central Vlaamsch Pressebureau“:

Der einigen Tagen weite der Reichsminister Graf von Hertling in Brüssel. Er hat während dieses Aufenthaltes Gelegenheit genommen, mit dem Herrn Generalgouverneur auch über die flämische Frage eingehend zu sprechen und hierbei sein Einverständnis damit erklärt, daß dem Rat von Flandern eine Eröffnung des Inhalts zugehe, der Reichsminister sehe nach wie vor unverändert auf dem Standpunkt der Erklärungen seiner Vorgänger. Die Eröffnung ist im Auftrag des Herrn Generalgouverneurs am 20. d. M. durch den Verwaltungschef für Flandern den Bevollmächtigten des Rats von Flandern bekanntgegeben worden.

Dem Wunsch des Reichsministers entsprechend werden sich in den nächsten Tagen einige führende Flamen zu ihm begeben, um mit ihm das ganze flamenpolitische Problem in eingehender Aussprache zu erörtern.

Die Erklärung, der Kanzler stehe unverändert auf dem Standpunkt seiner Vorgänger, ist ziemlich vieldeutig, denn die Vorgänger haben in ihrer belgischen Politik mehrfach geschwankt. Sicher aber ist, daß die deutsche Politik durch ihr Festhalten an verschiedenen Standpunkten ein etwas schielendes Gesicht erhält. Will Deutschland bei den Friedensverhandlungen auf der Trennung zwischen „Flandern“ und „Wallonien“ bestehen, so muß es sein Versprechen, das selbständige Belgien wiederherzustellen, brechen. Will Deutschland sein Versprechen halten, dann muß es die Auseinandersetzung zwischen Flamen und Wallonen diesen selbst überlassen, und dann muß man den flämischen Aktivisten rechtzeitig sagen, daß sie ihre Hände mit anderen denkenden Belgiern selbst auszusuchen haben werden.

Die Gegenrevolution.

Die Lodreicherung des Murmangebiets. — Tschecho-Slowaken nehmen Simbirsk. — Lenin über die Lage.

Amsterdam, 25. Juli. Reuter verbreitet eine Mitteilung über den Abschluß des Abkommens zwischen der Entente und den Murmanowern, in welchem das Bestehen eines Vertrages zugegeben wird. Reuter bemerkt sich dabei, das Lodreihen des Murmangebietes von Rußland als selbstlosen Akt der Entente zum Wohle Rußlands hinzustellen.

Moskau, 25. Juli. Ein Befehl Trojtski warnt vor Fahrten nach Murmanski, Archangelski und an die tschecho-slowakische Front ohne schriftliche Genehmigung des Kriegskommissariats. Zuwiderhandelnde werden mit dem Tode bestraft. Die Warnung ist auf Bahnhöfen und in Waggons in russischer, polnischer und serbischer Sprache ausgehängt.

Laut offizieller Meldung ist Simbirsk trotz verzweifelter Gegenwehr der Sowjettruppen von den Tschecho-Slowaken genommen worden. Mit dem Fall von Simbirsk ist nicht nur das linke Wolgarefer, sondern auch ein Teil des Territoriums diesseits der Wolga in den Händen der vormarschierenden Tschecho-Slowaken. „Pravda“ schreibt hierzu sehr besorgt: Der Zustand breitet sich aus wie ein Delirium auf dem Papier. Möge die Einnahme von Simbirsk Schlafende werden. Simbirsk war einer der Stützpunkte der Rätegewalt, zugleich eine Getreidelager. Die Gefahr wächst, sie ist nahe. Der Feind ist zahlreich und gut organisiert. Wenn der Fall Samaras jenseits der Wolga die Arbeiter nicht aufgerüttelt hat, so muß der Fall von Simbirsk das Proletariat mit Fittern und Jagen für das Schicksal der Proletarierrevolution erfüllen.

Moskau, 25. Juli. Die Presse meldet: In Richtung Komarow gerichteten Panzerautos der Räte-Truppen feindliche Reiter. In Richtung Zselatinburg-Tscheljabinsk besetzten Kosaken am 23. Juli Ufaletsk. In Richtung Omsk unterdrückte der Feind die Reiter auf Station Pobjomnaja und Aufwächter 17 auf dem rechten Ufer. In Richtung Bugulma zogen sich die Räte-Truppen unter starkem Druck von Station Relais zurück. An der Duiow-Front wurde ein plötzlicher Angriff des Feindes gegen die Station Balakowa, 50 Werst südwestlich Nikolajewsk im Gouvernement Samara abgewiesen. Die Verbindung Kowo-Ussenski-Malo-Ussenski ist unterbrochen. Laut Meldung aus Ufa zogen sich die Räte-Truppen den Vorkampf fort und besetzten Station Jewlisch.

Durch Befehl des Kommandanten ist über das Gebiet des Don-Heeres der Belagerungszustand verhängt worden. Die Einträge

ist nur Don-Kosaken und Einwohnern des Gebietes gestattet, russische Offiziere auf der Reise zur freiwilligen Armee dürfen sich nur drei Tage in Kostow aufhalten. Eine Personenkontrolle an den Grenzstationen ist eingerichtet, Kriegsgefangene aus Deutschland und Oesterreich werden durchgelassen, wenn sie Don-, Kuban-, Terek-, Astrachan- oder Orenburger Kosaken sind.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Kostau ist im Dreier Ministerkabinett der Belagerungszustand erklärt; an allen Punkten der Südostrbahn sind Versammlungen verboten worden.

Moskau, 25. Juli. Auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der Fabrikkomitees hielt Lenin am 23. Juli eine längere Rede über

Die Lage der Räte-Republik.

Die Lage habe sich äußerst verschärft sowohl durch internationale Verwicklungen, als auch durch gegenrevolutionäre Verschwörungen und die damit verbundene Verhinderung der Produktion. Das russische Proletariat erkenne sehr wohl, daß eine unerlässliche Vorbedingung des Sieges der russischen Revolution das berechnete Eingreifen der Arbeiter der ganzen Welt oder einiger weit entwickelter kapitalistischer Länder sei. Für Rußland sei es leicht gewesen, die Revolution zu beginnen, doch außerordentlich schwer, sie fortzusetzen und abzuschließen. Außerst schwer dagegen sei der Beginn der Revolution in einem so wohlorganisierten bürgerlichen Lande wie Deutschland, doch um so leichter sei dort ihre Durchführung. Ueber den Dreier Frieden sagt Lenin, daß die Räteregierung ebenfalls wisse, daß laut diesem Unterdrückungsvertrage Rußland an Deutschland gegen sechs Milliarden Rubel zahlen müsse. Doch nicht der wirtschaftliche Verlust der linken Sozialrevolutionäre, Rußland durch Ermordung des Grafen Wrach in den Krieg mit Deutschland zu verwickeln, sei ein Mittel, dem Dreier Vertrage zu entgehen. Ein Ausweg müsse gefunden werden durch gemeinschaftliche Anstrengungen des Proletariats und der armen Bauern.

Stockholm, 25. Juli. Wie der Korrespondent der Telegraphen-Union erzählt, haben die tschecho-slowakischen Behörden, die an Stelle der abgesetzten Sowjetbehörden, die überall eingekerkert werden, angeordnet, daß alle früheren Offiziere, ferner alle höheren Beamten, Ingenieure, Techniker und Gerate zu den Waffen gerufen werden. Alle Mitglieder der Sowjets in Jaroslaw, die nicht mehr die Möglichkeit hatten, die Stadt rechtzeitig zu verlassen, wurden erschossen.

General Horvat mit den Tschechoslowaken einig.

Cherbin, 25. Juli. (Reuter.) Zwischen General Horvat und den Tschecho-Slowaken ist ein Abkommen geschlossen worden, wonach letztere ihn bei seinem Vorgehen bei Chabarowsk und in Westsibirien unterstützen sollen. Die Regierung wird die Zivilverwaltung von Nikolai und Wladivostok übernehmen. Das Hauptquartier wird in Wladivostok bleiben, wohin, wie man nun erwartet, die Regierung sich bald begeben wird. Die Truppen bei Chabarowsk verfügen über 60 schwere Geschütze, jedoch ist die Moral dieser Truppen durch die letzte Niederlage bei Nikolai erschüttert.

Falschmeldungen.

Moskau, 24. Juli. (P. T. A.) Die Nachricht aus Stockholm über den Austritt des Volkskommissars für Petersburg, Sinesow, aus der Bolschewistenpartei wird dementiert. Der Stockholmer Bericht über die Einführung einer Bolschewistenrepublik ist nicht zutreffend. Augenblicklich existieren in Stockholm Lagerzentralen, welche schematisch über Rußland falsche Kriegs- und Politiknachrichten verbreiten.

Monarchistenkongress in Kiew.

Kiew, 24. Juli. Der Monarchistenkongress in Kiew, an dem viele Führer der Rechten aus ganz Rußland teilnahmen, ist beendet. Die Mehrheit verlangte die Einführung einer absoluten Monarchie oder einer Militärdiktatur in Rußland. In Rücksicht auf die Opposition der rechten Christen und Nationalisten, die für eine konstitutionelle Monarchie eintreten, wurde eine Entschließung angenommen, die für Großrußland eine Staatsordnung wie vor der Februarrevolution verlangt.

Auch das wäre nichts anderes als die Einführung der absoluten Monarchie, nämlich die Wiederherstellung des zaristischen Regierungssystems.

Der ukrainische Eisenbahnerstreik.

Kiew, 25. Juli. Nach Meldung der „Kiewskaja Mysl“ sind in dem Eisenbahnerstreik keinerlei wesentliche Veränderungen eingetreten. Zahlreiche Streikkomitees veröffentlichten Aufrufe, sich nicht zur Beschädigung oder Vernichtung von Staatseigentum verleiten zu lassen und Arbeitswillinge an der Arbeit nicht zu hindern. Der Zugverkehr ist noch nicht wieder hergestellt. Nur in Kiew sind am 21. und 22. Juli je drei Züge von deutschem Militär abgefertigt worden. Die Linien Kiew-Dnipro, Kiew-Kasatin-Golodki sind unter Militäraufsicht gestellt worden. Die „Kiewskaja Mysl“ meldet, ist auf einzelnen Teilstrecken der Verkehr durch Eisenbahner ukrainischer Nationalität wieder aufgenommen worden. Die politischen Kommissare melden dem Verkehrsminister, daß vor allem nicht ukrainische Elemente streikten, dagegen Eisenbahner ukrainischer Nationalität in jeder Weise die Aufrechterhaltung des Verkehrs erstrebten. „Golodki Kiew“ bringt die Nachricht, daß in allen Abteilungen der Verwaltung der Südwesbahn wieder gearbeitet wird.

John Burns gegen die Northcliffepresse.

Dem Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ zufolge kam am Mittwochabend im Unterhause der Sozialist John Burns, der gewöhnlich nicht redet, in Konflikt mit dem Sprecher wegen der Northcliffepresse. Der Zwischenfall hatte eine große Erregung im Hause zur Folge.

Quens sagte u. a., daß die gelbe Presse, an deren Spitze „Times“, „Daily Mail“ und „Evening News“ stehen, aus Blättern bestehe, die, wie er bereits vor Jahren ausgesprochen habe, das Eigentum von Lumpen seien, von Skurven herausgegeben und von Karren gefahren würden. Der Sprecher fragte, ob Burns Lord Northcliffe meine. Burns antwortete, er wiederhole seine Erklärungen, die er vor Jahren abgegeben habe; sie würden durch die Ereignisse der letzten Zeit bestätigt. Der Sprecher verlangte, daß Burns seine Worte zurücknehme. Nach einer langen Diskussion fand sich Burns schließlich dazu bereit.

Die große Erregung, die lange Diskussion bezeugen, daß John Burns, der 1914 das Ministerium Aquitt verließ, als es sich für den Krieg entschied, auch heute noch trotz seines langen Schweigens als ein wichtiger Teil der öffentlichen Meinung Englands gilt. Die Bedeutung seines Angriffs liegt natürlich darin, daß er gegen die Hauptstützen der Nacht Lloyd Georges gerichtet ist. Gerade weil John Burns „gewöhnlich nicht redet“, ist anzunehmen, daß seine jetzige Rede ein überlegter Stoß gewesen ist.

Die Aussicht auf Neuwahlen in England.

Die Wahlreform in England hat die Zahl der Wähler, wie man schätzt, um 16 Millionen vermehrt; sogar von 20 Millionen — Männern und Frauen — ist die Rede. Schon aus dieser Ziffer läßt sich schließen, daß die Neuwahlen mit der Kraft eines großen Ereignisses wirken werden.

Im Herbst muß es zu Wahlen kommen, und so diskutiert man die Aussichten der Parteien bereits äußerst lebhaft. Daß das Bild der Kämpfe sich ganz wesentlich ändern wird, ist vor allem die Folge der Aufhebung des Burgfriedens, die auf der Tagung der Arbeiterpartei beschlossen wurde. Die Arbeiterpartei hat mit der alten Ueberlieferung gebrochen, die sie zu einem Anhängel der bürgerlichen Parteien machte; sie geht in Zukunft selbständig vor. Die Arbeiterpartei ist fest am Werk, die Aufstellung ihrer 400 Kandidaten zu befehlen. Einen Einblick in die Bewegung geben folgende Ausführungen des Parlamentskorrespondenten der liberalen „Daily News“, die der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ mitteilt:

Die große Schlacht an der Westfront hat das Interesse für die Vorgänge im Unterhause sehr vermindert. So kommt es, daß man an Neuwahlen zu denken beginnt. Nach dem neuen Wahlrecht im November oder Dezember abzuhaltenen Wahlen würden dem Unterhause neues Leben einflößen, und es einer despotischen Regierung erlauben, über die Volksvertretung hinweg zu handeln. Alle Parteien, mit Ausnahme der Arbeiterpartei, befinden sich den Neuwahlen gegenüber in einer schwierigen Lage. Die Arbeiterpartei kann dabei nur gewinnen. Die Konservativen, denen infolge des Einstusses der Kriegsverhältnisse auf die Eigentumsverhältnisse und die neuen Rechte, die der Krieg schenkt, der Grund unter ihren Füßen weicht, hoffen, daß die Arbeiter, die viel Geld in Kriegsanleihe angelegt haben, geneigt sein werden, einen konservativen Standpunkt anzunehmen. Die mehr fortgeschrittenen Mitglieder der konservativen Partei werden sich deshalb mehr den Arbeiterangelegenheiten widmen. Die Partei wünscht Lloyd George für die Dauer des Krieges am Ruder zu erhalten, obwohl die Konservativen ein gewisses Mißtrauen gegen ihn haben. Lloyd George geht momentan vollständig in Kriegsangelegenheiten auf.

Daß die Wahlen echte Kriegswahlen sein werden, ist nur allzu wahrscheinlich. Anzunehmen ist, daß sie das Aufgebot an Energie im Felde und wohl auch zur See ganz erheblich steigern werden. Nur zwischen den Zeilen mag der Berichterstatter der „Daily News“ andeuten, daß der Krieg bis zu den Wahlen vielleicht nicht mehr das Feld behaupten werde. Er sagt über die Wahlprogramme:

Wenige von den Betrachtungen über Neuwahlen, die jetzt lanciert werden, besinnen sich mit Gegenständen, für die Interessenten den Premierminister gewinnen wollen. Es ist sicher, daß Lloyd George Neuwahlen abzusagen wünscht, sobald das möglich ist. Wenn sie jetzt abgehalten werden könnten, würden es Wahlwahlen mit der Fassung „Letts Paris“ sein. Neigt sind die Wahlen aber unmöglich, und in den Monaten, die bis zu ihrer Durchführung vergehen, kann sich noch viel ereignen, was die militärischen Ereignisse von jetzt in den Hintergrund drängen würde. Lloyd George braucht die Unterstützung der Konservativen, obwohl er ihnen vielleicht auch mißtraut. Die Lösung des Premierministers bei den Wahlen würde zweifellos lauten: „Gewinn den Krieg, indem der jetzige Regierung beibehalten!“ Daneben würde Lloyd George ein soziales Problem entwickeln (Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, Mindestlöhne, Rationalisierung) und um den Tories zu schmeicheln, auch einiges Entgegenkommen in der Tarifpolitik und der gegen feindliche Ausländer gerichteten Politik versprechen. Die offizielle liberale Opposition, die sich u. a. für den Völkerverbund einsetzen wird, wird mit dem geschickten Problem Lloyd Georges und mit der Arbeiterpartei zu rechnen haben. Sie schwebt in ebenso großer Gefahr wie bei der Parteisplaltung zur Zeit Chamberlains.

Den Kriegstreibern der Northcliffepresse, die dem jetzigen Parlament abgewonnen haben, was sie brauchen, ist die Aussicht auf Neuwahlen natürlich nicht sympathisch. Sie möchten sie hinauschieben. Die „Morningpost“ will nichts davon wissen, daß es in diesem Jahre dazu kommt. Sie würde Neuwahlen für gerechtfertigt halten, wenn es notwendig sein sollte, gegen eine starke pazifistische Opposition die Entscheidung des Landes anzurufen. „Daily Chronicle“ ist nicht gegen Neuwahlen, wenn sie in der gewöhnlichen Art verlaufen würden. Das Blatt würde aber Wahlwahlen ungern sehen. Die „Daily News“ dagegen ist nicht gegen Neuwahlen, ja, sie hält sie sogar für erwünscht, vorausgesetzt, daß sie nicht in der Weise abgehalten werden, wie das Hauptorgan der Northcliffeblätter, die „Times“ sich dieselben vorstellt.

Aber die Northcliffepresse hat bewiesen, daß sie eine Großmacht in England geworden ist. Sie wird das Neueste daransetzen, auch die Wahlen so zu formen, wie sie sie braucht.

Rückkehr der irischen Nationalisten ins Unterhaus.

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Die irischen Nationalisten, die am Dienstag nach Westminster zurückkehrten, haben die Absicht, eine ein- bis zweitägige Debatte über die Lage in Irland zu fordern. Sie werden natürlich eine unverdächtige oppositionelle Haltung gegen die Regierung einnehmen. Auch an den Debatten, die nichts zum Irland zu tun haben, werden sie teilnehmen. So haben sie zum Beispiel die Absicht, die Liberalen, die eine Debatte über die Reform in Indien noch vor den Sommerferien verlangen, zu unterstützen.

U-Boot-Arbeit an der amerikanischen Küste. New York, 24. Juli. (Reuter.) Ein U-Boot versenkte am 22. Juli auf der Höhe der Küste von Maine den Schoner Robert Richard.

Eine Konferenz türkischer Sozialisten fand im mohammedanischen Kommissariat in Moskau statt. „Pravda“ hofft, daß der Geist der sozialen Revolution bald in die unteren Schichten der Türkei eindringen wird.

Handelschiffverluste der Alliierten und Neutralen. Reuter meldet: Die Verluste des britischen, alliierten und neutralen Handelschiffverkehrs infolge feindlicher Einwirkungen und Seegefahr betragen im Juni 1918 an britischen 161 062, an alliierten und neutralen 114 567, im ganzen 275 629 Bruttotonnen. Die entsprechenden Zahlen für Mai 1918 sind für den britischen Handelschiffverkehr 226 082, für den alliierten und neutralen 181 845, im ganzen 407 927 Bruttotonnen. Die Verluste der britischen, alliierten und neutralen Tonnage, einschließlich Seeverluste, sind im Juni 1918 niedriger als in jedem anderen Monat seit September 1916. Die Verluste sind niedriger als in jedem anderen Quartal seit dem dritten Viertel des Jahres 1916.

Zu dieser Statistik ist zu bemerken, daß die Verluste der für Kriegszwecke fahrenden Handelschiffstonnage in obigen Zahlen nicht enthalten sind.

Groß-Berlin

In der Brotkartensfabrik.

Aus der Mythe kennen wir den Tantalus, der mit den Frühen im Wasser und einem Kist lösslicher Früchte über dem Kopfe Qualen des Hungers und des Durstes leidet; denn — beugt er sich hernieder, so verrinnt das kostbare Naß, hebt er den Arm, so schnell die Frucht ins Unerreichbare. Die sich daraus ergebende Stimmung ähnelt der des Pressmenschen, der mit leichtem Magen die Räume der Lebensmittelfabrik-druckerei von Hermann auf der Seydelstraße durchwandern darf. Nun ist zwar eine graue umschwebende Brotkarte nicht mit einer saftigen Vergamotte oder einem rotbackigen Grabenstein zu vergleichen, aber der Nimbus, die sonst um einen blauen Lappen als Vermittler irdischer Freuden schwebte, ist doch im verstärkten Maße auf diese papiergewordene Vorbedingung zur Lebensfristung übergegangen.

Die Lebensmittelfabrik ist zum Wertpapier geworden, hochwertiger als das Geld, das der Volksmund „nicht fressen kann“. Ein leibhaftiges Vorkriegspapier, das immer höher im Preise zu stehen kommt. Fälschung, Diebstahl und Vertriebs von Karten gehören darum zu jenen Verbrechen, die einen fatalen Mißklang zum Singang von der stilllichen Ränierung des Krieges abgeben. Es läßt sich denken, daß von seiten der für die Lebensmittelförderung verantwortlichen Behörde alles geschieht, um dieses unsere Ernährung ernstlich gefährdende Treiben zu unterbinden; davon kann sich jeder überzeugen, dem es gestattet ist, einen Rundgang durch die Brotkartensfabrik zu unternehmen.

Der beste Schutz vor Fälschung kann in das zur Kartenerstellung benutzte Papier gelegt werden. Die Rollen werden in einer Fabrik außerhalb Preußens hergestellt und mit Wasserzeichen versehen, die nur schwer und dazu so mangelhaft nachgemacht werden können, daß bei einiger Vorsicht des Brotverkäufers die Fälschung entdeckt werden kann. Der Druck erfolgt auf einer Rotationsmaschine. Das hat einen bestimmten Nachteil: das beste Mittel gegen Nachahmung ist ein ganz sauberer Druck, der sich aber beim Runddruckverfahren wegen der Dehnung der Papierbahn nur bis zu einem gewissen Grade erreichen läßt. Verdrümmerte Drucke aber machen es selbst dem Sachmann schwierig, echte und falsche Karten voneinander zu unterscheiden. Leider ist das nicht zu vermeiden, bei einem Wochenbedarf von vier Millionen Brotkarten für Groß-Berlin ist ein anderes Druckverfahren nicht zu denken. Der Möglicheit des Diebstahls ist mit allen Mitteln begegnet. Der amtliche Betrieb ist sorgfältig von den sonstigen Arbeitsräumen der Druckerei abgetrennt. Zahlreiche Beamte der Kommune überwachen die Maschinen, komplizierte Kontrollmaßnahmen lassen, selbst wenn die Karten längst die Druckerei verlassen haben, Verfehlungen auf den Urheber zurückzuführen. Fehldrucke werden in einen Schacht geworfen und werden zusammen mit den aus dem Verkehr zurückkehrenden Karten wieder zu Papier verarbeitet. Eine dritte Möglichkeit zur Herstellung leidlicher Nachdrucke ist durch die Entwendung von Druckstöcken geboten; auch hier ist durch peinliche Ueberwachung Vorbeuge getroffen.

Auf diese Weise ist es gelungen, den irregulären Kartenverkehr so zu unterbinden, daß eine Gefahr für die Lebensmittelförderung von dieser Seite nicht mehr vorliegt. Auch den nächtlichen Diebstählen auf den Brotkommissionen ist durch Ueberführung der Karten in verschlossene Behälter auf die Polizeiwachen ein Niegel vorgezogen.

Mit der Fällung und Erklärung hat sich Herr Stadtbaurat Müller den Pressevertretern zu Dank verpflichtet. Bedauernd wurde nur allgemein, daß bei der aufgehäuften Fülle des Papiers nicht ein paar „Rezensionsexemplare“ abgefallen sind.

Die Gemüse- und Obstbewirtschaftung.

Wie in diesem Herbst die Bewirtschaftung von Gemüse und Obst gedacht ist, darüber äußerte sich in einer Besprechung mit Pressevertretern der Leiter der Reichsstelle, Oberregierungsrat v. Lilla, findet, daß die Zwangsbeziehung des Obstes im vorigen Herbst „sehr gut gelungen“ sei. Beabsichtigt wird auch diesmal nicht eine allgemeine Erlassung durch Beschlagnahme, sondern nur Abgabebeschränkung für Lieferungsvertragsfreie Obst. Die Ausfuhren der Herbstobstsorten gelten als wenig günstig und die Zufuhren vom Ausland werden fast ganz weglassen, so daß wieder Obstknappheit zu erwarten ist. Wieder soll das ganze inländische Obst mit Ausnahme des dem Reichsmarkt vorzuzubehaltenden „Erdbeeren“ den Marmeladenfabriken gesichert werden, damit Protokollmittel für die Veredelung nicht fehlen. Groß sind auch die Ansprüche des Heeres an Marmelade und Dörrobst, größer noch als im Vorjahr. An eine Zwangsbeziehung der Herbstobstsorten hat sich die Reichsstelle noch nicht heran gewagt, weil Herbstobst ihr zu leicht verderblich wäre. Herr v. Lilla teilte mit, heute sei in den Gemeinden Groß-Berlins viel Reue vorhanden, mindestens das Herbstobst und zum Teil auch das Herbstgemüse zu rationieren. Die Belieferung mit Gemüse haben sich Kommunalverbände und Großverbraucher noch mehr als im vorigen Jahr durch Lieferungsverträge gesichert. Abgeschlossen wurden im vorigen Jahr 60 000 Verträge über 300 000 Morgen Gemüse (mitgerechnet 20 000 Verträge über 140 000 Morgen Kohlräben). In diesem Jahr bisher 90 000 Verträge über 520 000 Morgen Gemüse (ungerechnet die Verträge über Kohlräben). Groß-Berlins Lieferungsverträge lauten diesmal auf vier- bis fünfmal soviel Gemüse wie im Vorjahr. Die vertragsfreie Menge, wahrscheinlich nicht erhebliche Gemüsemenge soll durch Abgabebeschränkung erfasst werden, damit sie für den Bedarf des Heeres und nötigenfalls zur Ausbilde für schlecht belieferte Gemeinden verwendet werden kann. Die Zwangsverfassung ist beim Gemüse ebenso wie beim Obst keine Beschlagnahme. Der Erzeuger darf in seinem Haushalt verbrauchen oder in seinem Betrieb verarbeiten, soweit er will. Er darf auch Gemüse bis 5 Kilogramm (Zwiebels bis 1 Kilogramm) und Obst bis 1 Kilogramm an Verbraucher überlassen. Will er aber größere Mengen Gemüse oder Obst entgegennehmen, so muß er Genehmigung nachsuchen. Die wird bei wichtigen Mengen, die für Verwandte oder Bekannte bestimmt sind, in der Regel erteilt. In allen anderen Fällen sagt die Reichsstelle zu und entscheidet, wohin die Ware zu liefern ist. Herr v. Lilla tröstete, daß die Reichsstelle dabei, wie bisher, „mit milder Hand“ verfahren werde.

Was dem einen „Surrogat“ ist, ist dem andern — Dreck.

Im Botanischen Museum sprach Prof. Gräbner über Weizen-surrogate. Der Krieg hat genötigt, bei der Brotbereitung die Weizenknappheit durch Streckungsmittel zu verdecken. Manche Forscher würden für unbedenklich halten, auch Holzmehl und sogar Stroh-mehl beizumengen. Gräbner meint, Holzmehl könnte die jetzt im

Mehl bleibende Kleie „erlegen“, die dann für die Viehzucht verfügbar wäre und uns Fleisch und Fett liefern würde. Einstweilen sind wir noch nicht so weit. Auch so weit sind wir noch nicht, daß unserm Magen ad der andere „Mehlerfag“ geboten würde, den der Vortragende als durchaus genießbar und nachherig vries. Kohlräben, Seerose, Sumpfkalla, Adlerfarn, Braunschwamm, Pfeilstrauch können aus ihren fährlichen Grundstoffen und Knollen ein Mehl liefern, das sich baden ließe. Ebenso geeignet zur Gewinnung eines nahrhaften Mehles seien die Früchte der Eichen und Kastanen, weiter auch die Samen von Reismelde und Schwaden. Bei einer Reihe anderer Pflanzen empfahl Gräbner die Samen nur als Futter für Vieh, besonders für Fühner. Getrocknete Vogelbeeren habe man, um sie „nicht verkommen zu lassen“, zu Marmelade verarbeitet, aber gerade das sei ein „verkommen lassen“. „Solchen Dreck“, sagte wörtlich der Vortragende, „gibt man Menschen; lieber sollte man die Fühner damit füttern und ihre Eier essen“. Hier könnte mancher sich versucht fühlen, auch über die Mehlsurrogate ein kräftig Wortlein zu sagen. Solche Forderungsergebnisse mögen sich in Brotkrumen und Aufhängen sehr schön und verlockend ausnehmen, aber ihr Wert für die Volksernährung ist doch sehr fragwürdig. Gräbner erwähnte ein im vorigen Jahre in Berlin festgehaltenes Mehl, das bei ziemlich hohem Preis marktfrei zu haben war. Trotz Verunsicherung des Ursprungs durch die Herstellungsart sei nicht zweifelhaft, daß man es mit Mehl aus Kohlräben zu tun hatte. Ja, so zeigt wenigstens die „Erlag“-Industrie für die Arbeiten der Gelehrten volles „Verständnis“!

Das Ergebnis der Steuerveranlagung 1918 in Berlin.

Das endgültige Ergebnis der staatlichen Einkommensteueranlagung für 1918 im Stadtbezirk Berlin liegt jetzt vor; es schließt einschließlich der Zuschläge mit einem Steuerloß von 105 905 844 M. (gegen 81 380 409 M. im Jahre 1917) ab oder mit einem bis her unerreichten Zuwachs von 24 225 435 M. Wie stark sich die Einkommensverhältnisse in der Reichshauptstadt gehoben haben, geht daraus hervor, daß diesem Mehr von 24 1/2 Millionen in einem Jahre nur ein Höchstzuwachs von 4 1/2 Millionen seit 1891 im Frieden gegenübersteht, während im Vorjahre der Zuwachs an Einkommensteuer 5 1/2 Millionen Mark betrug. Dabei ist die Zahl der Steuerpflichtigen um nicht weniger als 44 087 auf 847 754 zurückgegangen. Von dem Steuerloß von 105,6 Millionen entfallen 90 625 809 M. oder 12,6 Millionen mehr auf die zu erhebende Steuer und 44 980 235 M. oder 11,7 Millionen Mark mehr auf die geächtlichen Zuschläge.

Die Zahl der Pflichtigen mit mehr als 3000 M. Einkommen ist um 84 908 auf 99 583 Köpfe gewachsen mit einem Steueranfall von 31 746 873 M. (+ 9,2 Millionen) und mit Zuschlägen von 27 476 931 M. (+ 5,5 Millionen). Dagegen ist die Zahl der Pflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. gegen 1917 um 79 098 auf 546 518 gesunken. Auch ihr Steuerloß ist mit 11 757 975 M. um 1,2 Mill. Mark geringer, während die Zuschläge sich um 40 455 M. auf 608 877 M. vermindert haben.

Die Zahl der Wittengemeinschaften hat sich weiter verringert, und zwar um 12 auf 431, während sich ihre Einkommensteuer um 2,8 Millionen auf 12 Millionen und ihre Zuschläge um 4,6 Millionen auf 19 Millionen Mark erhöht haben. Die Zahl der Gesellschaften m. b. H. hat sich in Berlin um 90 auf 1272 vermehrt mit einem Einkommensteuerloß von 5 Mill. (+ 1,6 Mill.) und Zuschlägen von 4,8 Millionen (+ 1,6 Millionen).

Ebenso wie bei der Einkommensteuer, zeigte sich auch bei der Ergänzungssteueranlagung eine Abnahme der Steuerpflichtigen mit Einkommen von nicht mehr als 3000 M. und eine Zunahme der Ergänzungssteuerpflichtigen in der höheren Steuergruppe. Die Zahl der Pflichtigen, die vom Vermögen steuern, deren Einkommen über 3000 M. nicht übersteigt, ist um 2480 auf 16 876 gesunken gegenüber 19 309 im Jahre 1917. Der Jahresbeitrag der veranlagten Ergänzungssteuer dieser Gruppe ist um 24 954 M. auf 228 665 M. und der geächtliche Zuschlag um 12 364 M. auf 112 729 M. gesunken. Dagegen hat sich die Zahl und der Betrag der Ergänzungssteuerpflichtigen mit Einkommen von mehr als 3000 M. erhöht, und zwar um 1045 auf 30 977 Köpfe mit einem Ergänzungssteuerloß von 8 213 889 M. (+ 59 673 M.) und einem Zuschlag von 1 905 548 M. (+ 29 453 M.). Insgesamt ergibt sich bei der Ergänzungssteuer in Berlin ein Steuerloß von 5 159 132 M., was gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 51 208 M. bedeutet. Die Gesamtzahl der Ergänzungssteuerpflichtigen ist trotz dieser Zunahme des Steuertrages gegen das Vorjahr um 788 auf 47 553 Köpfe zurückgegangen.

Zur Gründung des Wohnungsverbandes.

Die Verhandlungen zwischen den Groß-Berliner Gemeinden über die Gründung eines Wohnungsverbandes, die gestern unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth im Berliner Rathaus fortgesetzt wurden, sind nunmehr, wie der Berliner Magistrat mitteilt, soweit geführt, daß über die Grundzüge des Zusammenschlusses, die Dauer und die Vorgehensweise der Aufwendungen, das Verhältnis der Aufwendungen der Gemeinden zu den Reich und Staat und die Organisation Klarheit gewonnen ist. In den meisten Punkten hat sich auch hinsichtlich der Einzelheiten bereits eine Feststellung erzielen lassen. Einige Besonderheiten der Verfassung sollen noch näher formuliert werden. Nachdem diese Formulierung erfolgt ist, wird im Vernehmen mit Staatskommissar für das Wohnungswesen über die Beteiligung am Verbands endgültig Bestimmung getroffen werden.

Gegen den Möbelwucher.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin teilt mit: In letzter Zeit ist in der Öffentlichkeit verschiedentlich die Ansicht vertreten worden, daß Möbel nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen seien. Wäre dies richtig, so würde es einen Freibrief für jeden Möbelwucher bedeuten und belagen, daß der Verkauf von Möbeln überhaupt keinerlei Preisbeschränkungen unterworfen sei. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach Auffassung der maßgebenden Behörden Möbel keineswegs grundsätzlich von den Gegenständen des täglichen Bedarfs, auf welche die Kriegswucherbestimmungen ohne weiteres Anwendung zu finden haben, ausgenommen sind.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation über die Umgestaltung der städtischen Armenverwaltung in ein „Städtisches Wohlfahrtsamt“ zu beraten.“

Kunsthonig. Auf Abschnitt 54 der Lebensmittelfarte der Stadt Berlin entfällt 1/2 Pfund Kunsthonig. Der Preis beträgt 37 Pf. für 1 Pfund, 73 Pf. für ein Pfund im Beistich und 75 Pf. für ein Pfund in fertigen (Pfund-) Packungen. Der Verkaufsabschnitt 54 darf nur in demjenigen Geschäft, in dem der Verbraucher zum Zudeckung in das Kundenverzeichnis eingetragen ist, abgeliefert werden und zwar vom 26. bis einschließlich 30. Juli.

Städtisches Brennholz. Der Magistrat Berlin gibt auch weiterhin Brennholz an die münberbemteltete Bevölkerung zu ermäßigten Preisen ab. Die Abgabe erfolgt auf neue blaue Brennholzarten, die wie bisher bei den Brotkommissionen vom 1. August ab ausgegeben werden. Die bisher gültigen braunen Brennholzarten verlieren mit dem 31. Juli ihre Wirksamkeit. Die Ausgabe von Brennholzarten erfolgt an Berliner Haushaltungen in Wohnungen

mit höchstens drei heizbaren Zimmern einschließlich Küche, wenn das steuerpflichtige Einkommen des Haushaltungsvorstandes nicht mehr als 4200 M. beträgt. Der Verkauf des Holzes findet statt in den durch ein besonderes Schild als „Holzverkaufsstelle der Berliner Brennstoff-Verkaufsgesellschaft m. b. H.“ kenntlich gemachten Holz- oder Kohlengeleichen, außerdem auf den bekannten städtischen Lagerplätzen. Der Preis für das Brennholz beträgt 2,20 M. für ein Zwanzigstel Raummeter.

Die Richtspiele Neue Philharmonie, Cöpenicker Str. 96/97, bringen vom 26. Juli bis 1. August die Uraufführung des Hummerles „Um des Vaters Erbe“. Hierzu gelangt das Hummerles „Der Lobesjodel“ zur Ausführung.

Automobilunglück in der Lehrter Straße. Als Mittwochabend gegen 11 Uhr eine Kompanie Soldaten singend durch die Lehrter Straße marschierte, fuhr ein aus der Perleberger Straße in schneller Fahrt einbiegendes Militärauto mitten in die Truppe hinein. Eine Anzahl Soldaten, von denen fünfzehn sofort in Lazarette geschafft werden mußten, und drei Zivilpersonen wurden überfahren und mehr oder weniger schwer verletzt.

Ein Lebensmittelgeschwinder in selbstgegründer Uniform treibt in den städtischen Orten der weiteren Umgebung Berlins mit gutem Erfolg sein Unwesen. Der Gauner sucht die Gasthäuser auf und erzählt dort, er sei auf dem Viehhof beschäftigt und daher in der Lage, Fleisch, besonders Schweinefleisch, zu besorgen. Ein großer Posten Fleisch lagere bereits in Cöpenick und könne sofort geliefert werden. Auch zur Beschaffung anderer hier kaum mehr vorhandener Waren erbietet sich der Schwindler und läßt sich unter allerhand Vorspiegelungen das Kaufgeld oder einen Teil im voraus zahlen. Dann verschwindet er natürlich auf Nimmerwiedersehen. Augenblicklich ist der Betrüger besonders in Erkner, Reuticum und Umgebung aufgetreten und hat dort verschiedene Personen um erhebliche Beträge geschädigt. Der Schwindler, der selbstgegründer Infanterieuniform trägt, ist mittelgroß, glattrasiert und hat eine starke Glatze. Er tritt sehr sicher auf und versteht es dadurch, sich überall Vertrauen zu erwerben.

Von dem bekannten „Guten-Brunnen“ an der Ecke Hardenberg- und Ansebeststraße in Charlottenburg, einem Werke des Tierplastikers Gaul, ist in der Nacht zu Sonntag eine der beiden Bronze-gruppen gestohlen worden.

Friedrichshagen, Lebensmittel. Für diese Woche werden pro Kopf 2 Pfund Kartoffeln und für den Rest der Abkürzte Er-fahrungsmittel verteilt. Ferner gelangen bis morgen auf Abschnitt 115 der blauen Lebensmittelfarte je 200 Gramm Graupen zum Preise von 16 Pf. zur Ausgabe.

Reinickendorf, Lebensmittel. Auf Abschnitt 48 der Lebensmittelfarte für Groß-Berlin werden 100 Gramm Griech abgeben. Die Anmeldung bei den Kleinbäckern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 30. zu erfolgen. Verkaufspreis für 100 Gramm 7 Pf. Pfundpreis 32 Pf. — Da der Wagon Eier stark bescholten worden ist, können die Einwohner des östlichen Ortsteils vorläufig, bis Ertrag geleistet ist, nur ein Ei erhalten. Die Händler haben in diesem Falle bei Abgabe der Eier nicht den Abschnitt 11B abzutrennen, sondern das Mittelstück der Eierkarten abzusampeln. Erst bei Abgabe des zweiten Eies, dessen Nachlieferung nach Mög-lichkeit beschleunigt werden wird, ist der Abschnitt 11B von den Händlern abzutrennen. Die Eier müssen vom 27.—31. entnommen werden. Preis 38 Pf. für 1 Ei.

Senftenberg, Lebensmittel- und Kohlenmiserie herrscht — wie uns eine Zuschrift mitteilt — auch in diesem Teile des Ostobers-lands. Die Petition ist kein oder fällt gänzlich aus, Protokoll- strich, Marmelade usw. gibt es zuweilen mehrere Wochen lang nicht, und Kartoffeln erhält man nur, wenn man — zum Teil schon unbrauchbares — Gemüse mit in den Kauf nimmt. Die Kohlenver- sorgung ist mangelhaft, nur die in der Filiale der R. G. B. Beschäftigten und von ihrer Firma belieferten Beamten erhalten ihren Teil. — Soweit die Zuschrift, aus der wir ersehen, daß es in Senftenberg leider genau so ist, wie heutzutage überall in mär- kischen Landen. Ober sollte es doch irgendwo eine Gemeinde geben, deren Einwohner keinen Grund zu berechtigten Klagen haben? Dann bitten wir, uns umgehend ihren Namen zu nennen. Wir wollen ihn der staunenden Welt gern bekanntgeben, während uns zur Veröffentlichung aller Klagen und Beschwerden leider bald kein Raum mehr zur Verfügung steht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Cöpenick. Mit der Berichterstattung des Vorstandes beschäftigte sich die Verwaltung des Wahlvereins am 24. Juni. Nach dem vom Bezirksleiter Genossen Kidel erstatteten Bericht haben im letzten Jahr zwei allgemeine Versammlungen, sechs Mitgliederversammlungen und ein gemeinsamer Nachabend stattgefunden. An den Arbeiten zur Reichstagswahl in Niederbarnim bearbeiteten die Genossen selbständig einen Landbezirk: 54 Genossen beteiligten sich an den Flugblattverteilungen. Der Mitgliederbestand des Bezirks betrug am 1. Juli 200 männliche und 85 weibliche. Im Laufe des Monats sind wieder zahlreiche Anmeldungen erfolgt, so daß der augenblickliche Mitgliederbestand mit 300 überschritten ist. In der Diskussion vertrat Genosse Heipold den Standpunkt, in Zukunft die Bezirkszahlende wieder abzuhalten. Zur Wahl der Bezirksleitung gelangte einstimmig ein Antrag zur Annahme, wonach die amtierenden Mitglieder wieder mit den Funktionen betraut wurden. Revisoren wurden die Genossen Gnädig und Schäpe. Bezüglich der nächsten Stadtverordnetenwahlen, an der die Partei in der dritten Abteilung mit sechs Mandaten, darunter vier Haus- besitzer, beteiligt ist, wurde beschlossen, die Vorarbeiten der Bezirks- leitung mit einer Kommission zu übertragen. Zu Mitgliedern der Kommission wurden die Genossen Gadda, Heipold und Klau ge- wählt. Den Schluß der Verhandlungen bildete eine längere Aus- sprache über die Lebensmittelförderung.

Fichtenau. Zusammenkunft aller Parteigenossen am Sonn- abend, 27. Juli, abends 1/2 Uhr in Sperlings Kurparkrestaurant, Mittelstraße. Gäste sind willkommen.

Allgemeine Familienherbette. Sonntag, den 28. Juli: Zahl- und Aufnahmetag von 2—6 Uhr in den Restaurants Gerichtstraße 12/13 und Budoner Straße 14.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	23.	24.	Wasserstand am	23.	24.	
	cm.	cm.		cm.	cm.	
Neuelitz	126	—	Zaale	Großh.	55	54
Bregel	109	—	Havel	Brandan	—	40
Weichel	109	—		Rothem.	—	15
Oder	109	—	Spree	Eperenberg	74	74
	109	—		Reichard	105	105
	109	—	Weser	Rindan	114	105
	109	—		Warden	170	170
	109	—		Rhein	Barzmillan	—
	109	—			Ganz	210
	109	—			Glin	176
	109	—			Neckar	102
	109	—			Rhein	91
	109	—			Weser	—

Briefkasten der Redaktion.

BR. 29. 74. 1. Nach Potsdam. 2. Ja. 3. Die Entlassung erfolgt...

Unterfisch gütlichen Beschränkung* und genehmigt*, genehmigt wird das...

Stettin. — S. 100. No. — No. 46027. 20 Nr. für die Frau, 10 Nr. für das Kind...

Deutsches Theater. Lotte Wechs allabendl. 8 U.: Max Follenberg in Familie Schimek...

Theater für Freitag, 26. Juli. Central-Theater 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin...

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege. Neues Operettenhaus 7 1/2 Uhr: Der Sottat der Marie...

Gewerkchaftshaus. Sonntag, den 28. Juli 1918: Im großen Saale Sparverein „Silberne Kette“...

Baugenossenschaft „Ideal“ e. G. m. b. H. Allen Genossen, Freunden der Genossenschaft und Bekannten die Nachricht...

Theater des Westens. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Die Tänzerin.

Kleines Theater. 8 Uhr: Art und seine Fehler mit Bassermann.

Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Abends: Humoristisches Damentrio. Sonntag mittag: 0.50 Gefäßgelder im Topf 4.00...

Sozialdemokrat. Verein Berlin 4 (S. P. D.). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse Karl Lechner...

Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Saldah. Deutsche Tänze...

DER „HIAS“ Im I. Akt: Hias und das Kammerkätzchen. Die Flucht des Hias aus französischer Gefangenschaft...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht...

Joseph Goebel. Hülftstr. 8, am 23. Juli gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli...

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen...

(Statt Karten.) Nur einige Tage nach dem Tode meiner lieben Frau wurde mir auch mein einziger lieber Sohn...

Berliner Prater-Theater. Sallantentanz 7-9. Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung...

Passage-Theater. Unter den Linden 22-23. Täglich 7 1/2 Uhr abends Sonntag 2 Vorstellungen: 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr...

Speise-Mohrraben. a 100. 25 Pf. 65/10. Delikatessen H. Kistner, Berlin, Weiss. Str. 115, nahe Hauptstr.

Minna Hagler. Bismarckstr. 18, am 10. Juli gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli...

Alfred Zimmermann. In tiefer Trauer Karl Siebert und Frau, Hedwig als Schwester. Du warst so gut, so herzlich...

Wermüthige Erinnerung zum 24. Geburtstag. Fern von der Heimat und seinen Lieben fiel am 23. März 1918...

National-Theater. 7/8: Mäuschen.

Die singende Hand. 1. Film der Theodor Loos-Serie 1918/19. Drama in 4 Akten von Hans Lang. Regie: Arthur Wellin. In den Hauptrollen: Theodor Loos, Eva Speler...

Verteilungstellen. Geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntag 8-10. Klaffen Str. 78 (Ecke Kleiststr.).

Richard Schumacher. Reutlin, Röggerstr. 44, am 16. Juli gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Erdbewaltung.

Karl Lechner. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerickestr. 37/38 statt.

Karl Messer. In tiefster Trauer Karl Siebert und Frau, Hedwig als Schwester. Du warst so gut, so herzlich...

Palast. mit dem Schwank Tägl. 7 1/2. Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2. Großer Lacherfolg! Gesamt-Gastspiel des Herrnfeld-Theaters...

Täglich grosser Kassenandrang! Kolossaler Erfolg und viele Wünsche des Publikums veranlassen uns zu einer Verlängerung bis 1. August.

Richard Schumacher. Reutlin, Röggerstr. 44, am 16. Juli gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Erdbewaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband. Belegschaftsamt Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht...

Karl Lechner. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerickestr. 37/38 statt.

Margareto. In tiefster Trauer Karl Siebert und Frau, Hedwig als Schwester. Du warst so gut, so herzlich...

Herrnfeld-Theaters. Die Kriegsgewinnler. Hauptroll: Dir. A. Herrnfeld, Ferd. Grünecker.

Ein Detektiv-Duell. Schauspiel in 4 Akten. Verfasst und inszeniert von Georg Alexander. In der Hauptrolle: Ada van Ehlers, Georg Alexander...

Richard Schumacher. Reutlin, Röggerstr. 44, am 16. Juli gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Erdbewaltung.

Otto Franke. am 20. Juli im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Juli...

Karl Lechner. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerickestr. 37/38 statt.

Ein wirtschaftlicher Aufschwung. unseres Handels u. der Industrie wird die Folge dieses Krieges sein...

Trianon-Theater. Bf. Friedrichstr. Ztr. 4927. 2301 8 U. Zum 329. Male: Der Lebensschüler.

Spannende Reiter Szenen von den berühmten Cowboys aus Texas. Die Hauptdarsteller sind heute abend 8 Uhr persönlich anwesend!

Zahngebisse. Im Hotel Zum grünen Baum, Hauptstr. 50/52, Zimmer 1 bis 3, den 2. Juli, von 10-6 Uhr, alle, an, zahngebisse...

Adolf Gerlach. am 22. Juli im Alter von 64 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli...

Karl Lechner. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerickestr. 37/38 statt.

Kräfte gesucht. sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen...

Reichshallen-Theater. Gastspiel der Leipziger Söldner-Sänger. Anfang 7 1/2. Ab 1. Aug. Städtische Sänger. Reichshallen-Saal u. Garten. Blüthen-Konzert.

SARRASANI. Zirkus-Saal-Gebäude. Tägl. 7 1/2. Mittw. Sonntag 3 u. 7 1/2 Uhr: Farbenfrohe Bilder.

Frau Knuth. zu den letzten erdlichen geistlichen Abschieden laßt Sieher, 286/10* Gedenker Str. 13. Nord. 4800. Jungl. Wulfsgr. Wird auch abgeholt.

Adolf Gerlach. am 22. Juli im Alter von 64 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli...

Klara Baszynski geb. Stechert. an den Folgen der Einbindung in der Königl. Charité im Alter von 29 Jahren.

Kräfte gesucht. sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen...

SARRASANI. Zirkus-Saal-Gebäude. Tägl. 7 1/2. Mittw. Sonntag 3 u. 7 1/2 Uhr: Farbenfrohe Bilder.

Möbelfabrik Rob. Seelisch. BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfehle gute preiswerte Möbel. Einrichtungen in jeder Preislage.

Frau Knuth. zu den letzten erdlichen geistlichen Abschieden laßt Sieher, 286/10* Gedenker Str. 13. Nord. 4800. Jungl. Wulfsgr. Wird auch abgeholt.

Adolf Gerlach. am 22. Juli im Alter von 64 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli...

Klara Baszynski geb. Stechert. an den Folgen der Einbindung in der Königl. Charité im Alter von 29 Jahren.

Kräfte gesucht. sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen...

SARRASANI. Zirkus-Saal-Gebäude. Tägl. 7 1/2. Mittw. Sonntag 3 u. 7 1/2 Uhr: Farbenfrohe Bilder.

Möbelfabrik Rob. Seelisch. BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfehle gute preiswerte Möbel. Einrichtungen in jeder Preislage.

Frau Knuth. zu den letzten erdlichen geistlichen Abschieden laßt Sieher, 286/10* Gedenker Str. 13. Nord. 4800. Jungl. Wulfsgr. Wird auch abgeholt.

Adolf Gerlach. am 22. Juli im Alter von 64 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli...

Klara Baszynski geb. Stechert. an den Folgen der Einbindung in der Königl. Charité im Alter von 29 Jahren.

Kräfte gesucht. sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen...

SARRASANI. Zirkus-Saal-Gebäude. Tägl. 7 1/2. Mittw. Sonntag 3 u. 7 1/2 Uhr: Farbenfrohe Bilder.

Möbelfabrik Rob. Seelisch. BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfehle gute preiswerte Möbel. Einrichtungen in jeder Preislage.

Frau Knuth. zu den letzten erdlichen geistlichen Abschieden laßt Sieher, 286/10* Gedenker Str. 13. Nord. 4800. Jungl. Wulfsgr. Wird auch abgeholt.

Adolf Gerlach. am 22. Juli im Alter von 64 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli...

Klara Baszynski geb. Stechert. an den Folgen der Einbindung in der Königl. Charité im Alter von 29 Jahren.

Kräfte gesucht. sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen...

Gesellen und Lehrlinge werden gesucht und billig zum Einjährigem Examen vorbereitet. Abendunterricht. Wuchstest erfolgt. Schult, Charlottenburg, 2742b) Tegeler Weg 103 I.

Möbelfabrik Rob. Seelisch. BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfehle gute preiswerte Möbel. Einrichtungen in jeder Preislage.

Frau Knuth. zu den letzten erdlichen geistlichen Abschieden laßt Sieher, 286/10* Gedenker Str. 13. Nord. 4800. Jungl. Wulfsgr. Wird auch abgeholt.

Adolf Gerlach. am 22. Juli im Alter von 64 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli...

Klara Baszynski geb. Stechert. an den Folgen der Einbindung in der Königl. Charité im Alter von 29 Jahren.

Kräfte gesucht. sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen...

Krieg und Kunst.

Der gegenwärtige Krieg hat, wie auf vielen anderen Gebieten, auch auf dem der Kunst in starkem Maße gewirkt. Wenn man von den Tagesprodukten einer sogenannten "Kriegskunst" absieht, deren Wert in den meisten Fällen ebenso zweifelhaft ist wie so manches andere Kriegsmittel, so steht die Kunst im allgemeinen unter dem Zeichen lähmenden Stillstandes. Das macht sich besonders deutlich bemerkbar auf dem Gebiete der bildenden Kunst. Kein Wunder: Architektur, Bildhauerei und Malerei sind in der Hauptsache von der Vortätigkeit abhängig. Da diese ruht, sind auch die schaffenden Schwestern auf äußerst schmale Rationen gesetzt. Sie trüben vortätig ihr Dasein in Ausstellungen und leben da, wie gesagt, von der Kriegskunst und von der Lieberlieferung. Starke Neuschöpferei tritt nur äußerst selten hervor. Dafür desto mehr kramphafte Verläufe, von der Seite der Technik und der äußeren Form her zu einem neuen Stil zu gelangen, um damit die Aufmerksamkeit auf ihre Urheber zu ziehen. In geistigem Gehalt, Ideenreichtum und Phantasie zeigt sich ein beträchtliches Banko. Auch die sogenannte "Neue Kunst" macht hierbon keine Ausnahme. Wo sind die Fortschritte geblieben der Expressionisten, Futuristen, Kubisten, und wie die "Athen" alle heißen, die noch vor Kriegsausbruch so stürmisch ins Zeug gingen? Es zeigt sich noch immer daselbe unsichere Taufen und Experimentieren wie in den ersten Anfängen der Bewegung. Vorausgesetzt, daß diese Bewegung überhaupt entwicklungsfähig ist, so hat der Krieg auch die Entwicklung jäh unterbrochen, zum mindesten stark verzögert. Die geistige Depression, die der Krieg im allgemeinen verbreitet, läßt es auch in der Kunst zu keinem freien, aufstrebenden Schaffen und Neugehalten kommen. Ein großer Teil der bildenden Künstler befindet sich außerdem im Heeresdienst, darunter manches führende Talent, deren Kräfte entweder ganz vom Dienste in Anspruch genommen werden oder sich doch nur in geringem Maße künstlerisch betätigen können.

Also im allgemeinen: Stillstand im Bereiche der bildenden Kunst. Nur in der Herstellung von Kriegsbildern, die wie Pilze aus dem Boden schießen, und von Denkmälern für die Gefallenen hat der Krieg betrübend gewirkt. Aber auch hier kann man nicht sagen, daß der Krieg einen neuen künstlerischen Ausdruck geschaffen oder hervorgerufen hat. Das Auge, das diese Bilder aufnahm, ist noch in Friedenszeiten gefehlt worden, und die Formen, in denen die Bilder zu uns reden, wurden schon vor dem Kriege entwickelt. Gemalt mag und manches kriegsgeschaffene Werk eigenartig erscheinen, aber das liegt mehr am Stofflichen als an der Darstellung. Die meisten Kriegsbilder, wie z. B. die von Vollbehr, seltener in der Hauptsache durch die möglichst getreue Wiedergabe einzelner Ausschnitte aus dem Kriegsgeschehen, und zwar der früheren Erscheinung dieses Geschehens. Aber auch bei den Künstlern, die das Kriegserlebnis tiefer und innerlicher fassen, wie Deitmann. Wärrig u. a. erscheint der Krieg im künstlerischen Lichte des Friedens gesehen und gestaltet. Auch die Tatsache, daß die modernen Kriegsbilder weniger von Objektivismus erfüllt sind, als die früheren Epochen, ist zum Teil der Geschmacksentwicklung der letzten Friedensjahre und zum andern dem Umstande gutschreiben, daß der gegenwärtige Krieg rein stofflich sehr wenig Gelegenheit zu solcher Liebedienerei in der Kunst bietet. An Stelle des greifbar aufrechten Heldentumsgelbes ist heute der weitverzweigte und in der Erde verstreute Schützengraben getreten, der ein sehr ungeeignetes Feld für Helden- und Heerführerüberhöhung darstellt. An dessen Stelle zeichnet und malt der Künstler jetzt die zahlreichen Teilercheinungen, die den Krieg von heute in ihrer Vielfältigkeit und doch auch wieder grauen Eintönigkeit das charakteristische Gepräge geben. Diese demokratischere Kriegsdarstellung ist also weniger dem Kriege an sich zu danken, als vielmehr der besonderen Form, in der wir ihn heute erleben. Der Krieg ist heute enger und tieferwühlender geworden, als er in früheren Zeiten war. Er wird mit den Kerben und dem Blute des ganzen Volkes geführt. Das gibt auch den Kriegsdarstellungen größeren Ernst und größere Sachlichkeit als den früheren, die zum größten Teil Schlachtenbilder als zirkonische und theatralische Schaustücke behandelten. In dieser Beziehung hat ja gerade noch der Krieg von 1870-71 eine unheimliche Menge von Produkten hervorgerufen, deren Kunstwert in gar keinem Verhältnis steht zu den riesigen Mitteln, die dafür aufgewendet wurden. Es sei nur erinnert an die bekannten Rundpanoramen und an die zahllosen fabrikmäßig hergestellten Standbilder und Wandtafeln von Helden und Heerführern.

Auch wenn wir in der Geschichte weiter zurückgehen, finden sich zahlreiche Beispiele des verderblichen Einflusses, den der Krieg zu allen Zeiten auf die künstlerische Betätigung ausgeübt hat. Sie erübrigen an das Wort Schillers: "Wo rohe Kräfte stummlos wölken, da kann sich kein Gebilde gestalten." Von den brutal-simplen altägyptischen Reliefs im großen Tempel von Abu-Simbel angefangen, auf denen Ramses II. in barbarischer Art seine Feinde niedermeyelt, über die Vernichtung der altgriechischen Kunstblüte durch den Peloponnesischen Krieg und die Zerstörung der deutschen Kunstblüte durch den Dreißigjährigen Krieg hinweg bis auf die Herabdrückung und zum Teil gänzliche Vernichtung der künstlerischen Schöpfungen in unseren Tagen, in denen man Giftaktionen für die durch den Krieg in Not geratene Künstler ins Leben ruft, hat sich die Kunstfeindlichkeit des Krieges erwiesen.

Ist nun aber auch die Kunst in gleichem Maße eine Feindin des Krieges? Die Frage wird man kaum bejahen können, wenn man sich die zahlreichen Schöpfungen der Vergangenheit und Gegenwart vor Augen hält, in denen der Krieg durch die Kunst ins Weltliche und Gigantische erhoben wird. Sehr oft wird auch von der Kunst das Motiv des Krieges benutzt, um die ästhetische Freude an der Entfaltung der Kraft wachzurufen. Alle diese Werke, von dem gewaltigen "Kampf der Götter mit den Giganten" am Zeusaltar zu Pergamon angefangen, bis zu den ins "Monumentale" gesteigerten realistischen Darstellungen des Krieges unserer Tage haben nicht wenig dazu beigetragen, das Motiv des brutalen Krieges der Reiber selbst als etwas Großes und Gigantisches empfinden zu lassen. Man hat sich vielfach durch die Größe, mit der die Kunst dargestellt wurde, für die Kunst selbst begeistern lassen, ähnlich wie der jugendliche Leser eines Schauerromans, der über der Verhängnisvollheit und Kühnheit seines Helden dessen Verbrechen-Natur überfiehet. Jedoch mehren sich in der Gegenwart immer mehr die Künstler, die in die innere Natur des Krieges eindringen, viele zur Darstellung zu bringen suchen. Der Krieg, wie ihn und z. B. Hödlin zeigt, bräut mit furchtbarer Gewalt, Länder und Städte verflüsternd und zerstörend, über die Erde, und der gegenwärtige Weltkrieg hat, wie vielen anderen auch so manchem Künstler die Augen über sein wahres Wesen geöffnet. Sie schafften Werke im Geiste eines Francisco Goya, in denen sich die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit gegen den wahnwitzigen Völkermord erhebt und die die Seele seine ganze Gräßlichkeit empfinden lassen. Aber auch die Anschaulichkeit der rein sachlichen Darstellungen, wie im weiteren Verlaufe der Ziele eines Reichstagsmagneten viele Künstler heute das Kriegsgeschehen formen, dürfte in Zukunft manches zur besseren Erkenntnis des wahren Wesens des Krieges beitragen. Das alles deutet darauf hin, daß sich die Kunst mehr und mehr zu einer Richterin und Heberwinderin des Krieges wandeln wird, unter deren mächtiger Wühlhilfe der Krieg aus den Herzen der Menschen ausperortet und an dessen Stelle die Liebe zu den Werken des Friedens gesetzt wird und die, von keinem Weltbrand mehr gefährdet werden können. Eine neue Aufgabe fällt dann der Kunst zu: Das Ideal der Solidarität der Völker zu singen und zu formen in dem allgemeinen Kampfe für die Erhaltung und kulturelle Höherentwicklung der ganzen Menschheit.

Wag Menzer.

Mehlsurrogat.

Im großen Hörsaal des Botanischen Museums in Dahlen sprach Professor Dr. Gräbner am Mittwoch über Mehlsurrogat. Eine Pflanze, die früher kaum beachtet, ja häufig als lästiges Unkraut angesehen wurde, die man aber in der Kriegszeit als äußerst nützlich erkannt hat, ist der Kohlrabolden (Typha). Wohl jedem ist sie durch ihre braunen Kolben, die Sammelkanten oder Sammelbüschel bekannt. Der Wurzelstock, die Grundachse, ist in hohem Grade stärkehaltig und daher zur Mehlgewinnung äußerst gut geeignet. Die Kolben werden als Watterlag verwendet, und aus den Hölzern verfertigt man Wehstoffe. Auch die Wurzelstöcke der See-rosen und Nimmeln sind sehr stärkehaltig. Die Gewinnung des Mehls im Haushalt erfolgt in derselben Weise, wie früher hier die Kartoffelstärke gewonnen wurde. Die Wurzelstöcke werden zerrieben und ausgewaschen. Bei der großen Ausdehnung, die besonders die Kohlrabolden in manchen Gegenden Deutschlands besitzen, können große Werte, auch in der kommenden Lebenszeit, innerhalb des Landes gewonnen werden. Auch die Wassernuß, deren Wurzeln stärkehaltig, nahrunglich schmeckende Kerne bilden, kommt als Ersatz für Mehl in Betracht. Jetzt ist ihre Verbreitung stark zurückgegangen, während sie früher weit häufiger vorkam. So wurden die Kerne vor etwa 20 Jahren noch in Dessau auf dem Markt verkauft.

Eine andere Pflanze, deren Früchte bisher nicht ausgenutzt wurden, ist die Kofkastanie. Die Kastanien haben einen herben, bitteren Geschmack, so daß sie im natürlichen Zustande nicht verwendet werden können, auch nicht als Viehfutter. Sie müssen deshalb, nachdem sie getrocknet, zerstampfen und möglichst fein gemahlen sind, mit Sodawasser behandelt werden. Man gewinnt aus den Kastanien Mehl, Öl und Saponin, einen Seifenstoff. Bei den vielen Millionen Jentnern Kastanien, die Deutschland jährlich hervorbringt, können auch hier große Werte nutzbringend verwandt werden, die vordem nur als Mindererzeugnis oder zur Herstellung von Schmeberger Schmpfstaal gebraucht wurden.

Als ein weiteres Mehlsurrogat dürfen die Samen der Weide dieses weit verbreiteten Unkrautes unterer Weide, angesehen werden. Die Blätter dieser Pflanze können als Spinat gegessen werden. Die Samen werden mit Wasser aufgelöst und dadurch entbittert und dann als Mehl oder Grieß verwendet. In Russland wird in schlechten Erntejahren vielfach Brot aus Weidenmehl gebacken. Schon Wlaskow brachte von dem medizinischen Kongress in Moskau, der in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stattfand, sogenanntes "Hungerbrot" mit, das sich bei genauer Untersuchung als Brot aus Weidenmehl erwies.

Der Vortragende ließ auch ein Plätzchen bei den Hörern herum zeigen, das Sirup aus Quendenwurzeln enthält. Dieses Unkraut, das ein rechter Brensel jedes Karthäuers und Laubensolonisten ist, besigt keine Stärke, wohl aber einen hohen Zuckergehalt in seinen Wurzeln.

Eine Kohrpostanlage für Pakete.

Während die öffentlichen Kohrpostanlagen nur zur Beförderung von Briefen dienen, existiert in Berlin bereits eine private Kohrpostanlage für Pakete. Sie befindet sich auf dem Grundstück der Kohrpost-Versicherungsgesellschaft neben dem Schöneberger Rathaus und dient zur Beförderung von Paketen, Kleinhandeln und dergl. Die Länge ihrer Leitungen beläuft sich auf rund zwei Kilometer. Alles in allem sind 26 Kohrpoststationen angebracht, die mit 22 Apparaten ausgestattet sind. Die Beförderung geschieht ähnlich wie bei der Kohrpost für Briefe in Wädhern, die natürlich entsprechend größer gehalten sind. Jede Wähle kann Pakete im Gewicht von 5,5 Kilogramm aufnehmen, deren Länge 40 Zentimeter und deren Höhe 12 Zentimeter betragen darf. Die mit Paketen gefüllten Wädhern werden mit Hilfe von Druckluft durch die Kohrpost hindurchgetrieben.

Zur Erzeugung dieser Druckluft dienen, wie die Elektrotechnische Zeitschrift" mitteilt, elektrische Gebläse. Bei der guten Durchbildung derartiger Gebläse ist mit Störungen nicht zu rechnen. Damit aber, falls unermutetweise doch einmal solche auftreten sollten, bei der Übernahme von Reparaturen der Betrieb keinerlei Störungen erleidet, wurde noch ein Ausbittungsgebläse angebracht. In den Kohrleitungen sind besondere Signaleinrichtungen angebracht, die sofort erkennen lassen, ob sich eine Wähle im Kohr befindet oder nicht. Es können täglich rund 200 mit Paketen gefüllte Wädhern befördert werden, wofür sich die Stromkosten auf nur 8 M. belaufen. Die Beförderungskosten für eine Wähle betragen also etwa 0,88 Pf. In dem Maße, wie die Leitungen verlängert und ihre Benutzung ausgedehnt wird, verringern sich aber diese Kosten noch weiter. Mit dieser Kohrpostanlage für die Beförderung von Paketen ist eine vorbildliche Einrichtung geschaffen worden. Das ganze System scheint in hohem Maße geeignet, auch für den Postbetrieb gute Dienste zu leisten und insbesondere zur beschleunigten Zustellung von Eisenpaketen sowie von kurz vor Abgang der Tage ausgehenden Paketendungen u. dergl. zu dienen.

Dr. A. N.

Notizen.

- Rudolf Kleinpaul, ein bekannter Sprach- und Kulturhistoriker, ist im 74. Lebensjahre in Veltzig gestorben. Unter seinen zahlreichen Reisebeschreibungen vorzüglich aus Italien, sind seine Schriften in der Göttinger-Sammlung erschienenen beiführend-unterhaltlichen Bändchen über Personen-, Länder- und Völkernamen in Deutschland in weite Kreise gedrungen. Sie sind ebenso vielseitig wie populär.

- Die Urania wird am Sonntag wieder eröffnet mit dem Vortrag "Die Fabriten des Hiltenerzergers Wolf".

"Großmann ist angeblich abgebrannt."

"Sehr ordentlich, sehr ordentlich; die zweihundertfünfzigtausend von der Versicherung hat er beinahe in der Tasche. Aber Goldstand, der heut' nacht abgebrannt ist, der hat 'ne kleine Mißlichkeit mit der Polizei. Nicht so, wenn einer keine guten Geschäfte zu machen versteht, dann soll er erst gar nicht anfangen."

"Wer ist denn jetzt an der Reihe?"

"Von den besseren A. Richter und F. Fischlein."

"Derr Vorwiesch, ho, ho, ho! Er kennt Lody, er weiß, was einer nötig hat."

"Ja, aber Sie kennen doch Lody auch gut."

"Ja? Ich hab' ganz Lody im Kopf. Seit fünfzig Jahren seh' ich jeder Firma zu, die aufgemacht wird. Ich kann heute fast mit Sicherheit von allen, die Geschäfte aufmachen, sagen, ob sie leben werden. Glauben Sie mir, Herr Trawinski, mein Wort ist kein Wind, mein Wort ist ein Dokument. Ein Wechsel mit dem besten Giro."

"Trawinski erwiderte nichts; schweigend gingen sie nebeneinander."

Galpern hielt den Schirm vor und schaute liebevoll auf Häuser und Fabriken; in seinem blassen, mageren Gesicht, das ein weißer Bart umrahmte, schimmerten große, schwarze Augen wie Phosphor. Er sah aus wie ein Patriarch. Der Kopf sah auf einem hageren, gebückten Skelett, das in einen langen, flechtigen Mantel gekleidet war; er hing wie an einem Stod an ihm herunter.

"Ich kenne hier jedes Haus, jede Firma," begann er mit Innigkeit.

"Ich kannte Lody, als es zwanzigtausend Menschen hatte, und heute hat's vierhunderttausend! Ich werde es noch erleben, wenn es über eine halbe Million haben wird, früher herb' ich nicht! Ich muß das mit meinen eigenen Augen sehen, ich muß meine Freude haben."

"Wenn es nicht vorher eingeht", flüsterte Trawinski gehässig.

"Ja, ha, ha! reden Sie doch nicht so komische Sachen, Herr Trawinski! Lody ist, Lody bleibt! Sie kennen es nicht! Wissen Sie, wie hoch der Umlauf im vorigen Jahre war? Fünfhundert Millionen Umlauf!" rief Galpern enthusiastisch und blieb auf dem Bürgersteig stehen. "Das ist ein schändes Geld. Zeigen Sie mir doch eine zweite solche Stadt!"

"Man braucht nicht so viel Aufhebens davon zu machen; und übrigens haben Sie recht, so eine zweite diebische Stadt gibt's in ganz Europa nicht." Er sprach ärgerlich.

Wortl. folgt

Lody.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

IX.

Trawinski entfernte sich ganz niedergeschlagen.

Auf dem Wege zu Vorowiesch war er des Erfolges seiner Bitte fast sicher gewesen. Wie jeder Mensch in einer Lage ohne Ausweg, hielt auch er Wünsche für Wirklichkeit, für eine Tatsache, die unbedingt eintreten mußte.

Er bestieg eine Droschke und ließ sich direkt in die Piotrkowerstraße fahren. An nichts denken konnte er, ganz erschlagen stülte er sich und unfähig zu jeder Aktion, zu jeder Bewegung. Mit der Passivität der Erschöpfung gab er sich der scharfen, durchdringlichen Witterung hin, die sein Herz erfüllte.

Er schaute auf die schmutzige, nasse Stadt, auf die dreckigen Bürgersteige, die mit Menschen vollgestopft waren, auf die unzähligen Schornsteine, die wie hohe Pappeln sich über die Dächer erhoben.

Fast verzweiflungsvoll schaute er hin. Er fühlte seine Ohnmacht, er fühlte, im nächsten Augenblick mußte er aus diesem riesigen Strudel, aus dieser Maschine, aus diesem Lody herausgeschleudert werden, wie ein Abfall, wie eine ausgelegene und zu nichts mehr taugliche Rasse, die dieses Ungeheuer nicht mehr braucht. In ohnmächtigen Schauern schaute er auf die in der Dämmerung mit tausend Fenstern leuchtenden Fabriken, auf diese riesige Straße, die wie ein von Rauch und dem schmutzigen Himmel bedeckter Kanal dalag, aus der Energie hervorkeulte, die Ströme Lichts weithin ergoß und in der eine mächtige Lebenskraft pulsierte. Mit den Augen glüht er an den schwarzen Umrissen der Fabriken entlang; das dumpfe, in seiner Unablässigkeit mächtige Gausen, das sich von den Fabriken und Werkstätten ergoß, tat ihm weh, weh tat ihm das so stark pulsierende Leben, und weh tat ihm das furchtbare Verurtheilensein des Absterbens, das mit dem letzten Blick noch merkt, wie viele noch am Leben bleiben! Dieses Bewußtsein durchbohrte ihm die Seele mit unaussprechlichem Reid.

Er verstand es nicht, in dieser Welt zu leben.

Er verstand es nicht, sich der Umgebung anzupassen.

So viele Kräfte hatte er aufgebraucht, soviel Gehirn, so viele Nerven, so viel eigene und fremde Kapitalien; so viele gramvolle Jahre hatte er durchlebt, und wozu das alles?

... um wieder von Anfang an daselbe zu beginnen, wieder

das Gebäude aufzubauen, das schließlich doch über seinem Kopf zusammenstürzen würde.

Furchtbar quälte er sich, konnte es nicht mehr in der Droschke aushalten, stieg aus und ging die Piotrkower Straße entlang zu Fuß weiter. Er wollte zu Baum gehen, wie Vorowiesch es ihm geraten hatte, zog es aber vor, den Augenblick der letzten Enttäuschung noch etwas hinauszuschleppen; übrigens konnte er sich von der Straße nicht losreißen.

Er verank in der Menge, die über den Bürgersteig stutete, ließ sich von ihr stoßen und tragen. Gedankenlos schaute er sich die Auslögen an, kaufte sogar in der Konditorei etwas für seine Frau, begrüßte da einige Bekannte und ging weiter, in den Anblick der Fabriken vertieft, der beleuchteten Fenster, hinter denen die Silhouetten von Maschinen und Menschen herumhuschten; langsam betäubte er sich mit diesem Getöse und wurde immer gleichgültiger.

Den Regen, der andauernd herunterrieselte, beachtete er nicht, er vergaß sogar den Schirm aufzuspannen. Nichts sah er außer den mit Menschen und Waren angefüllten Kontors und den hastig arbeitenden Fabriken.

"Guten Abend, Herr Trawinski."

"Guten Abend, Herr Galpern!"

Er drückte die ausgestreckte Hand des hohen, recht nachlässig gekleideten Mannes.

"Behn Sie in der Stadt spazieren?"

"Ja, ich wollte etwas herumgehen. Lody ist sehr schön in der Dämmerung. Ich gehe jeden Tag nach dem Kontor bischen spazieren und mir die Stadt anschauen."

"Sie sind ein Genießer, Herr Galpern."

"Was wollen Sie, wenn man sechsundfünfzig Jahre in einer Stadt zubringt, sie immer sieht, alle Menschen kennt, dann kann man's werden."

"Was hört man Neues in der Stadt?"

"Was man hört? Nur Schlechtes, einen schönen Regen von protestierten Wechsellern haben wir jetzt, man kann sie pfundweise kaufen. Aber das macht nichts."

"Wieso denn?"

"Die Pumpe holt der Teufel, und Lody bleibt. Ich habe schon schlimmere Zeiten in Lody erlebt, Herr Trawinski. Da aber auf die schlimmen immer bessere folgen, wird's auch diesmal so sein, was soll man da so viel Aufhebens machen. Für die Klugen ist es immer eine gute Zeit."

"Und wann kommt sie für die Anständigen?" fragte Trawinski ironisch.

"St. Herr Trawinski, die Anständigen kommen in den Himmel, wozu also gute Zeiten für sie?"

Die Kämpfe am Mittwoch.

Berlin, 23. Juli. (M. T. B.) Hebermenschele Anstrengungen macht der Feind, um uns das Südbengelände südlich Reims zu entreißen und über das Bois de Reims hinaus weiter vorzudringen. Der Zweck dieser Anstrengungen ist einmal, sich von der Umklammerung bei Reims freizumachen, andererseits im Zusammenwirken mit den bei Soissons eingesetzten englischen und amerikanischen Kräften zangenartig anzugreifen. Aus einem wahren Bittergemisch bestehen die Angriffstruppen, die nun schon mehrere Tage gegen den rechten Flügel der Armee von Mudra antreten; da die Franzosen ihre gelichteten Reservisten in den für sie so blutigen und verlustreichen Kämpfen schonen wollen, haben sie an beiden Schlachtfeldern ihre Pflanzkörper und Bundesgenossen eingesetzt.

Französischer Bericht vom 24. Juli abends. Zwischen Durcq und Marne haben wir morgen unsere Angriffe wieder aufgenommen, die wir während des Tages mit Erfolg fortsetzten. Auf unserem linken Flügel hatten wir Armentières und das Gebirg von Chatelet, über das hinaus wir bis Brech vorgezogen sind, das wir besetzt haben. Im Zentrum sind französische und amerikanische Truppen an einigen Stellen über drei Kilometer vorgezogen. Erbitterte Kämpfe wurden in der Gegend von Epieds und Trugny geliefert. Epieds, das am gestrigen Abend von den Deutschen genommen worden war, wurde neuerdings durch einen Gegenangriff der Amerikaner zurückerobert. Nördlich von diesen beiden Dörfern haben wir unsere Linie über Courpail hinaus ausgedehnt. Auf unserem rechten Flügel machten wir im Wald von Fere Fortschritte. Nördlich von Charignés und Jaulgonne und weiter im Osten haben wir unseren Brückenkopf bei Treloy erweitert und Corne im Süden des Waldes erobert. In diesem Abschnitt haben wir fünf Kanonen und einige 100 Maschinengewehre und beträchtliches Artilleriegerät erbeutet. Zwischen Marne und Reims wechselnde Artillerietätigkeit.

In den gestrigen Kämpfen haben unsere Truppen das Gebirg Rejar (S) südlich von Courmas genommen, wobei und nördlich von Montdidier mehrere hundert Gefangene in die Hände fielen. Die Gesamtzahl der Gefangenen, die wir am 23. in der Gegend von Mailly, Rainval und Aubervilliers gemacht haben, beträgt 1800 mit 52 Offizieren, darunter 4 Bataillonskommandeure. Unter dem erbeuteten Kriegsgerät befinden sich vier 7,7 Zentimeter-Kanonen, 45 Grabgeschütze und 390 Maschinengewehre.

Französischer Seeresbericht vom 25. Juli nachmittags. Südlich von Montdidier ermittelte ein Handstreich den Franzosen, etwa 20 Gefangene zurückzuführen. Auf dem Nordufer der Marne fehlen die Deutschen im Laufe der Nacht in der Gegend von Dormans harte Gegenangriffe an. Es gelang den Deutschen, vorübergehend ein kleines Gebirg 1500 Meter nördlich von Treloy und das Dorf Chassigny zu besetzen, aber ein Gegenangriff unserer Truppen brachte uns kurz darauf wieder in den Besitz der beiden Punkte. Südlich des Durcq und in der Gegend westlich von Reims heftige Artillerietätigkeit. Sonst ist nichts zu melden.

Aufständische Banden gegen die Heckschabahn. Der türkische Tagesbericht meldet von der Polakfront: Gleichzeitig mit dem Angriff auf Raan (südlich des Toten Meeres) haben sich weiter nördlich bei Dschardun erbitterte Kämpfe zwischen Karfen mit Geschützen und Maschinengewehren ausgerüsteten Rebellenhäufen und unseren Truppen abgespielt. In hohen wäudenden Anstürmen verdrängten die Aufständischen am 21. und 22. Juli unter Einsatz immer neuer Kräfte sich in den Besitz der Eisenbahn zu setzen. Den türkischen Vorkräften und den rasch herbeigeeilten Unterstützungstruppen gelang es, alle Angriffe unter schweren Verlusten für den Gegner abzuwehren. Allein am Bahnhof Dschardun wurden 200 tote Rebellen gezählt.

Die finnländische Staatsflagge besteht, wie jetzt gesetzlich festgelegt worden ist, aus einem rechteckigen Tuch mit einem ultramarinkblauen Kreuz auf weißem Grunde. In der Mitte des Kreuzes ist das finnländische Wappen angebracht. Als Kriegsflagge wird die Staatsflagge mit 3 Borden geführt.

Die Verhandlungen über die Auflösung.

Wie die „Kreuz-Zeitung“ es sieht. Von den Verhandlungen, die zwischen der Regierung und den sozialdemokratischen Parteivertretern über die weitere Behandlung der preussischen Wählerreform geführt wurden, gibt die „Kreuz-Zeitung“ ihren Lesern folgendes Bild:

„Da erscheinen die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Ebert und Scheidemann zunächst bei dem Vertrauensmann der Partei in der Regierung, Herrn v. Payer, und bedrängen diesen — es war am 2. Juni, also etwa 8 Tage vor der vierten Lesung der Verfassungsvorlagen im Abgeordnetenhaus. Herr v. Payer wies die beiden Herren nicht etwa mit der Begründung ab, daß diese preussische Angelegenheit sie und ihn nichts angehe (1), sondern gab ihnen die Zusicherung, daß, wenn nicht bis zum Winter eine befriedigende Lösung gefunden werde, die Auflösung erfolgen werde. Sie könnten sich das vom Kanzler selber bestätigen lassen. Das taten sie und nahmen auch den Grafen Hertling in die Längs, von dem sie nicht eher ließen, bis sie auch von ihm ihren Schein hatten, daß vor dem Winter aufgelöst werde, wenn bis dahin keine Verständigung erzielt sei. Der Schilderung dieser beiden Unterredungen sagt Herr Scheidemann dann noch leise drohend hinzu: „Nach ausführlicher zu werden, scheint mir zurzeit nicht erforderlich.“ Er deutet also an, daß er noch seine Teile im Röcher hat.

Zum Schluß fordert das konservative Blatt „unzweideutige Klarheit“. Denn dem Herrenhaus könne nicht zugemutet werden, in die Arbeit einzutreten, auf die Gefahr hin, daß mitten drin die Auflösung des Abgeordnetenhauses erfolge, und dann alles für nichts gewesen sei.

Für das Volk wird es aber wohl das Beste sein, wenn die Arbeit des Herrenhauses auf solche Weise gemuldet wird.

Die „Germania“ hält es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die durch Scheidemanns Feststellungen widerlegte Erklärung der „Nordd. Allg. Zeitung“ ohne das offiziöse Sternchen, das den halbamtlichen Charakter eines Artikels verrät, erschienen ist.

Hinkes Anfang.

Irland, Indien und Aegypten.

Verschiedene Zeitungen sind dem „Vorwärts“ sehr böse, weil er zu den ersten Kundgebungen des neuen Mannes im Auswärtigen Amt einige bescheidene Bedenken zu äußern gewagt hat. Aus ihren aufgeregten Entgegnungen erkennt man, wie groß ihre Empfindlichkeit in diesem Punkte ist.

Die „Tägl. Rundschau“, die dem Fall einen Leitartikel ihres gestrigen Abendblattes widmet, nennt Herrn v. Hinzke geistig in

Schub. Der sei doch ein ganz anderer Kerl als jener Kühmann, fass England wieder härter an und stelle sich damit politisch auf den Boden des „vor mehr als einem Jahr begonnenen U. S. -Boots-Kriegs“. Die irische, die ägyptische und die indische Frage mühen unschuldig auf dem Friedenslongeoz ihre Erörterung finden. Aber in diesen drohenden Ton mischt selbst die „Tägl. Rundschau“ einen humoristisch-liebendwürdigen Zug, indem sie doppelt und dreifach unterstreicht, Herr v. Hinzke den zu befreundeten Völkern „keine Hoffnungen und Erwartungen erweckt, sich in keiner Form festlegt“ und keineswegs „deutsche Hilfe aufzont. Damit sie uns freundlich zu verstehen gibt: „Er will ja nur reden, so laßt ihn doch!“

In der „Woll. Zig.“ findet ein erstaunlich gut unterrichteter Weltpolitiker gar, daß die vom „Vorwärts“ betriebene Politik das deutsche Volk über die von England drohende Lebensgefahr täusche, daß sie geradezu gemeinschädlich sei und in hohem Maße den Ausgang des Krieges gefährde.

Sobald Herr v. Hinzke und um die schäblichste Ketzerei-Artikel, die wir uns an seinen ersten Tagen erlaubten!

So schwer es ist, gegenüber solcher Antrittskritik ernst zu bleiben, sei es doch versucht. Wenn ein Blatt bemüht gewesen ist, dem Volke das Bewußtsein der Lebensgefahr, in die es durch diesen Krieg geraten ist, zu erhalten, so war es der „Vorwärts“. Die Bedeutung der englischen Gegnerschaft hat er nie unterschätzt, nie hat er zu denen gehört, die da versicherten, England sei in ein paar Monaten kaputt und dann gehöre die ganze liebe Welt uns. Diese irische Politik, die den Verteidigungswillen des Volkes erschüttert, weil sie zur Verhinderung verführt, die Gegner seien eigentlich schon so gut wie erledigt, und es werde nur noch aus Uebermut weiter gekämpft, ist hier stets mit leidenschaftlicher Entschiedenheit bekämpft worden. Immer wieder ist hier gesagt worden, daß die Lebensgefahr für das deutsche Volk fortbesteht und daß ihre Abwehr die Aufbietung aller Kräfte erfordert.

Ueber die Politik, die diesen militärischen Existenzkampf zu begleiten hat, loben wir uns allerdings stets erlaubt, unsere eigene Meinung zu haben. So meinten wir von Anfang an, daß dieser Krieg als ein Verteidigungs- und als ein Freiheitskrieg geführt werden müsse. Das setzte voraus, daß der unerschütterliche Wille des Volkes wieder Frieden zu schließen, sobald der Gegner von weiteren Angriffen auf seinen Besitzstand abließ, gegen jeden Zweifel gesichert, jedes Eroberungsgehörri von maßgebender Stelle zurückgewiesen wurde. Und es setzte weiter voraus, daß Deutschland frei von allen Fesseln der Vergangenheit als ein demokratisches Staatswesen in seinen Daseinskampf eintrat. Es setzte schließlich voraus, daß Deutschland den ersten Friedensschluß dazu benutzte, um zu zeigen, daß es frei von allen Eroberungsgefühlen war und die Freiheit fremder Völker wie ein Heiligtum respektierte.

Unter solchen Voraussetzungen hätte eine Politik, die mit irischen, indischen, ägyptischen Freiheitsbewegungen sympathisierte, wirksam werden können. Unter den leider wirklich gewordenen Verhältnissen hat sie aber nur noch den Sinn einer Reklamlust. Wir können den Weltbefreiungsberuf, in dem sich die Entente gegenüber den Völkern des Mittelalters läßt, nicht nachdrücklich ab, wir setzen darin weiter nichts, als einen Versuch, die Kriegführung der Entente mit moralischen, richtiger: unmoralischen Mitteln zu fördern. Wenn Herr v. Hinzke jetzt von Jena, Jüden und Reppern ähnlich redet, wie Lord George von Tschoban und Polen, so können wir darin einen ersten Versuch, die von England her drohende Lebensgefahr zu beschwören, nicht erblicken. Und wenn Herr v. Hinzke vom Grafen Bismarck — ausgerechnet — telegraphisch angestrichelt wird, er möge sich doch für Jüden Freiheit begeistern, worauf Herr v. Hinzke antwortet: „Ich begeistere mich ja schon“, so mögen wir uns noch so sehr auf die Lippen beißen, ein Lächeln läßt sich doch nicht unterdrücken. Die Rolle des Chorus bei dieser weltpolitischen Aktion überlassen wir neblös der „Tägl. Rundschau“ und der „Wollischen Zeitung“.

Forderungen der Zuckerindustrie.

Glänzende Abschlässe und Dividendenerhöhungen vieler Zuckerfabriken haben an der Börse eine wahre Zuckerhülle bewirkt. Die Kurse sind seit Jahresbeginn um mehr als 50 Proz. gestiegen. Die Geschäftsberichte sprechen sich optimistisch aus.

Als Beweis diene der Geschäftsbericht der Zuckerfabrik Glauzig. Sie weist für das Geschäftsjahr 1917/18 einen Ueberfluß von 1.861.908 M. (i. V. 1.594.338 M.) aus. Die Dividende wird von 19 auf 20 Proz. erhöht. Ueber die Aussichten teilt die Verwaltung im Geschäftsbericht mit, daß der Stand der Felder bisher gut sei; aus diesem Grunde glaube man daher mit gutem Vertrauen in das neue Geschäftsjahr eintreten zu können. Ganz ähnlich lautete Abschluß und Geschäftsbericht der Zuckerfabrik Fröbeln.

Also läge die Annahme nahe, daß sich die Zuckerindustriellen bei diesem Gewinn bescheiden würden, den sie bei Kriegsausbruch wahrlich nicht erwartet hatten. Aber wer das glaubt, irrt und beweist mangelndes Verständnis für einen Zuckerfabrikanten vom alten Sprot und Korn.

Der Verein für deutsche Zuckerindustrie hat bereits beim Kriegsernährungsamt die Erhöhung des Rohzuckerpreises von 23 M. auf 30 M. und der Raffineriepanne (des Werklohn der Raffinerien) auf 8 M. für den Zentner beantragt. Begründet wird diese Forderung mit der Preissteigerung aller Produktionsmittel, den Arbeiterlöhnerhöhungen und der Aussicht auf schlechte Kohlenbelieferung.

Eine unregelmäßige Kohlenbelieferung kann die Erzeugungskosten gewiß steigern. Allein es darf darauf verwiesen werden, daß bereits im vorigen Jahr allgemein mit einer ungünstigen Kohlenlieferung gerechnet wurde, und daß den Fabriken unvorhergesehene Gewinne zugefallen sind, weil die Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung bei Zucker offensichtlich geringer waren, als man in den maßgebenden Stellen und Beiräten wohl angenommen hatte. Da die Erfahrungen des Vorjahres wahrscheinlich in diesem Jahre zur besseren Kohlenbeschaffung beitragen werden und, wie gesagt, die infolge Kohlenmangels entstehenden Unkosten allgemein in die Preise eingerechnet sind, ist die langatmige Verursachung der Zuckerfabriken auf die Kohlenbeschaffung durchaus unberechtigt.

Nun kommen die Herren vielleicht mit der Behauptung, die Verbraucher hätten überhaupt keinen Grund zur Beschwerde, weil der Preis für Mundzucker trotz der Erhöhung der Rübenpreise und des Zuckerpreises im Jahre 1916/17 unverändert geblieben ist. Die Tatsache ist richtig, aber die Folgerung ist falsch. Der relativ niedrige Preis für Mundzucker ist durch verschiedene Ausschläge ermöglicht worden, die zum Teil ebenfalls den Verbrauch der breiten Massen fühlbar belasten. So ist zum Preisausgleich u. a. ein besonderer Zuschlag auf den für die Warmeladebereitung verwendeten Zuckre gelegt worden. Es ist ferner der an Meer und Marine gelieferte Zucker belastet worden, so daß mittelbar die Reichskasse herangezogen wurde, um den Mundzucker billig zu halten.

In keinem Fall sollte das Kriegsernährungsamt einen einheitlichen Zuckerpreis bewilligen, für dessen Ersetzung die Rücksicht auf die am teuersten arbeitenden Betriebe

maßgeblich ist, so daß für alle besser eingerichteten Unternehmen sehr respektable Gewinne herauspringen. Natürlich kann der Preis nicht nach den Produktionskosten des einzelnen Werkes abgemittelt werden. Aber die Bildung großer Kategorien erlaubt doch eine nützliche Individualisierung. Das Kriegsernährungsamt hat ja auch bereits eine solche unterchiedliche Preisnormierung bei den Rübenzuckerfabriken angewendet, wo der Preisunterchied zugunsten der unter schlechteren Bedingungen arbeitenden Fabriken etwa 10 Proz. beträgt. Bei den Zuckerfabriken läßt besonders ein Umstand zu dieser Methode ein, nämlich der, daß die Belieferung mit Rüben sehr verschieden ist. Es gibt Zuckerfabriken, die selbst Rüben bauen; andere haben ihre Aktionäre, die Rübenbauern sind, durch Verträge zur Rübenlieferung verpflichtet; und wieder andere sind schließlich ganz oder überwiegend auf den Zukauf von Rüben angewiesen. Diese Produktionsverhältnisse bestimmen naturgemäß die Produktionskosten und sollten bei der Preisfestsetzung deshalb in Betracht gezogen werden.

Auch genügt es nicht, die ungewöhnlich hohen Forderungen der Zuckerindustrie allein nach den Bilanzen auf ihre Berechtigung zu prüfen. Die Bilanzen sind im Kriege, wie männiglich bekannt, das Mittel geworden, um zu beweisen, wie schlecht das Werk gearbeitet hat. Wer diesen Zeugnissen glaubt, hat auf Sand gebaut. Aber der Bundesrat hat den Preisprüfungsstellen das Recht der Puchenschaft gewährt, und es ist zu wünschen, daß davon durch zahlreiche gründliche Stichproben Gebrauch gemacht wird. Die Bedeutung der Nebenprodukte für die Preisbildung und Rentabilität ist allgemein bekannt. Bei der Zuckerfabrikation ergeben sich in der Melasse und den Schmelzen sehr wertvolle Abfälle. Es ist zu untersuchen, wie die Preise für diese Nebenprodukte auf die Rentabilität einwirken.

Eine Bekämpfung der Forderungen der Zuckerindustriellen liegt im öffentlichen Interesse. Nicht nur, weil eine Befassung der Verbraucher und des Reiches als des größten Verbrauchers vermieden wird, sondern vor allem auch deshalb, weil die perderbliche Preissteigerung ins Unendliche die öffentliche Moral einfach auflöst und die Staatsautorität im Wirtschaftsleben untergräbt.

Die kommende Friedensnot.

Prophezeiung Michaelis'.

In dem Büchlein „Die neue Heimat“, das den heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen gewidmet ist, läßt sich der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis folgendermaßen vernehmen:

Es ist kein Zweifel, wir kommen in große Friedensnot. Diese wird auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens liegen. Die Bedingungen unserer Ernährung werden sich zwar dadurch bessern, daß wir in den östlichen Nachbarnstaaten und Produktionsgebieten verbinden, die uns abgeben können, und daß die Truppen zurückkehren, deren Versorgung draußen selbstverständlich unsere Bedarfserrechnung stärker belastet, als wenn wieder Friedenszustände herrschen. Aber die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft ist auf Jahre hinaus durch den Krieg schwer geschädigt, aus überseelischen Ländern werden wir aus Mangel an Schiffsraum wenig oder nichts erhalten, und deshalb wird noch für geraume Zeit eine Zeit bei uns herrschen und Schmalhans Küchenmeister sein. ...

Aber der Ausblick auf diese Not soll uns nicht zu Boden drücken. Das deutsche Volk hat noch immer bewiesen, daß seine Kraft das Beste und Herrlichste leistete, wenn es unter schwerem Druck stand. Wir wollen uns nicht dem Gedanken hingeben, als wenn alle Rot aufdröbe und das Glück eingöbe, wenn uns die Feinde unsere Milliarden-Kriegsschuld ersehen würden. Wohl wäre es durchaus berechtigt und mit Genugtuung zu begrüßen, wenn es gelänge, einen unüchtl großen Teil der Kriegsschuld direkt oder indirekt auf diejenigen abzuwälzen, die in frecherlicher Spekulation den finanziellen Zusammenbruch der meisten Staaten der Welt herbeigeführt haben. Aber selbst wenn und dies gelänge, so würde doch die wirtschaftliche Not der nächsten Jahrzehnte eine ganz gewaltige sein. Es ist eine starke Täuschung, der sich diejenigen hingeben, welche an ein sofortiges Wiederaufleben und alsbaldige Höhe der Weiterentwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse glauben. Aber das soll uns in dem festen Vertrauen an unsere Zukunft nicht irremachen. Es kommt darauf an, wie wir der Friedensnot ins Angesicht schauen werden. Der „Milliardenlegen“ nach dem Kriege 1870/71 hat uns tiefen inneren Schade zugefügt. Die „Milliardennot“ nach diesem Weltkrieg soll unser Segen werden.

Das ist eine merkwürdige Mischung von Richtigem und Falschem. Wichtig ist, daß auch der schönste Siegfrieden nach alldem Reich dem durch den Krieg hervorgerufenen Massenelend nicht bannen kann. Unbegreiflich ist aber, wie Herr Michaelis die Fortdauer der Leutering prophezeien und zugleich an anderer Stelle, für einen Abbau der Industriehöhne eintreten kann. Zum Segen kann uns die Not doch nur werden, nicht wenn wir uns wie Iob in sie finden, sondern wenn wir aus ihr heraus einen neuen sozialen Aufstieg erkämpfen. Herr Michaelis will „die Friedensnot grüßen als Reinigungsbad unseres Volkslebens“. Wir würden denselben Gedanken in die Form kleiden: „Nach dem Krieg wird ein großes Aufwachen nötig sein!“

Letzte Nachrichten.

Munitionsarbeiterstreik in England?

Amsterdam, 25. Juli. Unter den englischen Munitionsarbeitern muß ein großer Streik ausgebrochen sein, denn der Londoner Berichterstatter des „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet, daß Kriegsministerium habe beschlossen, wenn der Streik nicht aufhöre, für die dienstpflichtigen Munitionsarbeiter vom Montag ab die Befreiung vom Militärdienst auszusprechen. In Gewerkschaftskreisen gehe man zu, daß die Maßregeln der Regierung, die darauf abzielen, die gelehrten Arbeitskräfte auf diejenigen Fabriken zu verteilen, die sie am meisten nötig haben, vollständig mit dem früheren Entkommen übereinstimme. Die zuständigen haben die Ratsschläge der beratenden Kommission für deren Einsetzung vor einem Jahre in den Ausbaudrat, verworfen.

Das Haager Austauschabkommen.

London, 25. Juli. (Reuter.) Oberhaus. In Verantwortung einer Anfrage erklärte Lord Newton: Die englisch-deutschen Verhandlungen im Haag über den Austausch von Kriegsgefangenen waren sehr schwierig. Von Seiten der deutschen Regierung sind Vorbehalte gemacht worden, die die Ratifikation des Abkommens verzögern können.

Der Vorbehalt der deutschen Regierung bezog sich, wie gemeldet, auf die Regelung der Lage der Deutschen in China.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsche und belgische Gewerkschaftsvertreter beisammen.

Vom 18. bis 20. Juli wurde in Amsterdam der holländische Gewerkschaftskongress abgehalten. Die holländische Generalkommission hatte die Gewerkschaften der anderen Länder zur Teilnahme eingeladen. Der Einladung waren die deutschen und belgischen Gewerkschaften gefolgt, so daß bei dieser Gelegenheit das erste offizielle Zusammentreffen von deutschen und belgischen Arbeitervertretern stattfand.

Der Vorsitzende des holländischen Gewerkschaftsverbandes, Dudgeest, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung dieses Zusammentreffens hin. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß es nunmehr gelungen sei, deutsche und belgische Arbeitervertreter an demselben Tische zu vereinigen.

Das holländische Parteiorgan „Het Volk“ widmet diesem Zusammentreffen folgende Betrachtungen:

„Der bedeutungsvolle Kongress unseres Gewerkschaftsverbandes hat ein besonders merkwürdiges und erhabendes Schauspiel geboten, indem Vertreter der belgischen und deutschen Arbeiter an demselben Tische beisammen saßen.“

Daran, daß es sich um wirkliche Vertreter handelte, war nicht zu zweifeln. Auf der einen Seite war es Sassenbach, einer der einflussreichsten Leiter innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung, auf der anderen Seite Mertens, der Sekretär des belgischen Gewerkschaftsverbandes, Solau, der Sekretär der belgischen Arbeiterpartei und Jamar, der Sekretär vom Bund der belgischen Arbeiter in den Niederlanden. Alle waren durch ihre Organisationen entsandt und das Zusammentreffen war kein zufälliges; jeder wußte von der Anwesenheit des anderen.

Wir legen diesem Beisammensein große Bedeutung bei. Nicht weil wir glauben, daß zwischen den deutschen und belgischen Arbeitervertretern Beziehungen stattgefunden haben, die von direktem Einflusse auf die Herbeiführung eines guten Friedens sein können; aber wir betrachten die Tatsache als ein Symbol der nicht zu verändernden Wiedervereinigung der gesplitterten Internationale.“

„Het Volk“ weist dann auf das Belgien zugesagte Unrecht hin, das den Haß der Belgier gegen die Ueberwinder verhältnißmäßig machte; zu verstehen sei auch das von belgisch-sozialistischer Seite gefallene Wort, daß die belgischen Sozialisten ihre Hand nicht reichen könnten einem deutschen Sozialisten, dessen Hand in der Hand des deutschen Kaisers gelegen habe.

Das Blatt fährt dann fort:

„Und doch haben belgische und deutsche Arbeiter wieder friedlich an demselben Tische Platz genommen und sich die Hand gereicht. Und diese belgischen Arbeitervertreter gehören nicht zu den jammervollen „Aktivist“, die bestrebt sind, zur größeren Ehre der Ueberwinder einen Gegensatz im Lande zwischen Flamen und Wallonen zu schaffen. Sie wenden ihre Tätigkeit einem edleren Ziele zu, der Wiederherstellung der internationalen Beziehungen zwischen den Arbeitern auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung und dadurch indirekt auch auf politischem Gebiete.“

Dieses Zusammentreffen möge das Vorzeichen sein von einer allgemeinen Wiederbelebung der Arbeiterinternationale zur Förderung eines baldigen und befriedigenden Endes des blutigen Dramas, das nunmehr seit vier Jahren die Welt mit Schande belädt.“

Wie aus „Het Volk“ zu entnehmen ist, fand in einer geschlossenen Sitzung des Gewerkschaftskongresses eine Ansprache über die Verhältnisse in Belgien statt, die einen befriedigenden Verlauf genommen hat und ebenfalls zu einem besseren Verstehen und einer Wiedervereinigung beitrug.

Aufwärtsbewegung der Kölner Gewerkschaften.

Das Jahrbuch der Kölner Gewerkschaften führt über die Mitgliederbewegung im Jahre 1917 aus:

War man im ersten und zweiten Kriegsjahre zufrieden, daß die Gewerkschaften den kriegswichtigen Handgehilfen standgehalten hatten, wenn auch ihre Mitgliederbestände wesentlich geschwächt waren, so wurde dieses im dritten Kriegsjahre anders; mit stolzer Genugung dürfen die Gewerkschaften auf das Jahr 1917 zurückblicken. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 8102 auf 15 887 oder um rund 90 Proz., die Zahl der weiblichen von 1649 auf 5720 oder um rund 247 Proz.; die Gesamtmitglieder der Mitglieder betrug 117,5 Proz. Ueber 100 Proz. Steigerung hatten folgende Verbände zu verzeichnen: Bauarbeiter 145,6 Proz.; Fabrikarbeiter 238,1 Proz.; Maler und Anstreicher 243,8 Proz.; Malerinnen und Heizer 227,6 Proz.; Metallarbeiter 158,6 Proz. und Transportarbeiter 159,5 Proz. Ähnlich ist das finanzielle Ergebnis. Mehrere Gewerkschaften haben im Jahre 1917 ihre Beiträge erhöht, ohne die geringsten Schwierigkeiten bei ihren Mitgliedern zu bekommen.

Teuerungszulage für Bauklemmer.

Durch Verhandlungen ist die Teuerungszulage für Bauklemmer ab 15. Juli dieses Jahres um 10 Pf. und ab 1. November dieses Jahres um weitere 5 Pf. für die Stunde erhöht worden.

Demnach beträgt der Mindestlohn für Bauklemmer vom 15. Juli d. J. ab 1,70 M. und vom 1. November d. J. ab 1,75 M. für die Stunde.

Wir erlauben die Kollegen um sofortige Mitteilung, wenn irgendwo Schwierigkeiten bezüglich der Lohnzulage entstehen sollten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

In der neuen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde zunächst die Angelegenheit betreffend Massenführung erledigt. Durch die Ausstreichung wurde der Generalversammlung klar gemacht, daß die Massenführung sich durchaus in geordneten Bahnen bewegt. Um falschen Auffassungen vorzubeugen, wurde allerseits erklärt, daß es sich durchaus nicht um die Möglichkeit handelte, daß Gelder fehlten, vielmehr darum, ob die Art der Aufstellung der Abrechnung genügend klar sei, so daß den Mitgliedern in hinreichendem Maße ein Überblick über die ganze Massenführung gewährleistet ist. In Zukunft wird alljährlich neben dem Vorbestand der Kasse auch der gesamte Vermögensbestand der Verwaltungsstelle der Generalversammlung mitgeteilt.

In der Diskussion über den Jahresbericht wurde sodann Kritik geübt an den verschiedensten Maßnahmen der Verwaltung. Insbesondere wurden auch einige grundsätzliche Fragen der gewerkschaftlichen Tätigkeit während des Krieges berührt, so die Arbeitsbeschäftigungsfürsorge, das Hilfsdienstgesetz, die Lohnkämpfe, die Arbeiterinnenfrage und andere mehr.

Es kamen begründete nachmalige die Stellung der Ortsverwaltung zu den einzelnen Fragen und erklärte sich zum Schluß einverstanden mit dem Text der Kritik, der dahin ging, daß alles, was möglich ist, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln getan werden müsse für die Interessen der Metallarbeiter.

Nunmehr gab der Kassierer den Kassenbericht für das erste Quartal 1918. Daraus geht hervor, daß die Einnahmen der Hauptkasse im Laufe eines Quartals von 40 343,7 M. betragen haben 561 585,82 M. In die Hauptkasse wurden eingezahlt 860 000 M.

Infolge der stark zunehmenden Krankheitsfälle hat die Ausgabe für Krankenunterstützung 88 864,05 M. betragen. Die Lokalkasse schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit der Summe von 2 424 398,09 M. Der Kassenbestand der Lokalkasse betrug am 1. April 1918 2 245 500,05 M. Hierzu kommen die in verschiedener Weise angelegten Kapitalien. — Dem Kassierer wurde für seine Tätigkeit im ersten Quartal Entlohnung erteilt. Damit war die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt.

Parteinachrichten.

Mangelnde Werbekraft der Unabhängigen.

Der Organisationsleiter des Parteiverbands in einer westdeutschen Großstadt schreibt uns:

Der Lärm, den die fanatischen Anhänger der U. S. P. verursachen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Vertrauen in die Zukunft ihrer Bewegung in ihren eigenen Reihen im Abflauen begriffen ist. An dieser Stelle ist schon auf den Rückgang ihrer Organisationen hingewiesen worden, der sich selbst in Berlin bemerkbar macht. Viel zu wenig wird aber diese Tatsache hervorgehoben: die U. S. P. übt auf die breiten Massen, die erst für die Politik gewonnen und erzogen werden müssen, keine Anziehungskraft aus. Sie zehrt bis heute von den Beständen, die ihr durch die Spaltung der Partei zugefallen sind. Es sind ihr infolge des Parteifriedens wohl zehnlaufende Mitglieder als Stamm zur Parteigründung in die Mitgliederlisten geraten; sie hat aber weder verstanden, diese angeblich so tief überzeugten Anhänger zu halten, noch den Schwund durch die Gewinnung bisher Indifferenter zu ergänzen. Wie wenig sich die Vertrauensleute der U. S. P. auf diesem Gebiete zutrauen, geht daraus hervor, daß sie in den Betrieben, wo sich die Agitation jetzt hauptsächlich abspielt, beinahe ihre ganze Arbeit auf die Überwinnung von „Regierungssozialisten“ einstellen. Insbesondere macht die U. S. P. auf die Funktionäre der alten Partei Jagd, um durch deren Gewinnung unseren Organisationsapparat zu stützen oder ganz leeren zu legen. Mit einer wahren Leidenschaft wird so Fortschrittarbeit geleistet, und unsere Anhänger haben nicht selten gegenüber der mit allen Mitteln persönlicher Verbeugung getriebenen Agitation einen schweren Stand. Würden die Mitglieder der U. S. P. nennenswertes Vertrauen in die Werbekraft ihrer Sache setzen, so würden sie aus der Masse der politisch noch weniger geschulten Arbeiter Mitglieder zu werden versuchen, aber für ihre Agitationsarbeit scheinen nur die Organisationsleiter unserer Partei vorarbeiten zu sein.

Wie abstoßend der verheerende Kampf der U. S. P. wirkt, beweist der ständige Niedergang ihrer Presse. So hatte die U. S. P. auch nur ein Blatt, das sich mit dem neuen Aufstiege unserer Parteiführer in Breslau, Magdeburg, Köln, Weimar und an anderen Orten messen konnte. Das unabhängige Blatt in Solingen, der Hochburg der U. S. P. im Westen, hat nur noch 7000 Bezugsnehmer in ganz Rheinland und Westfalen. Vor dem Kriege hatte es allein im Solinger Wahlkreise die mehrfache Bezugszahl. Die Kämpfe gegen Scheidemann in Solingen haben dem Blatte wieder eine Anzahl Bezugsnehmer gekostet. Alles in allem: die Methoden der U. S. P. ziehen im allgemeinen nur tief verbitterte, fanatisch überreizte Menschen an. Daß man mit diesem Material keine nützliche, aufbauende Organisationsarbeit leisten kann, werden bald genug gerade diejenigen erfahren, die sich aus vermeintlich tief verletzten sozialistischen Idealen der U. S. P. zugewandt haben.

Reinliche Scheidung.

Wie die „Volkzeitung für Freiberg“ mitteilt, hat die außerordentliche Generalversammlung des 9. schlesischen Wahlkreisvereins auf Antrag von Fritz Wielig mit 48 gegen 28 Stimmen beschlossen, zu den Unabhängigen überzutreten. Damit ist Klarheit im 9. Kreise geschaffen und dem widerlichen Doppelspiel ein Ende gemacht. Es war ein hollöcher Zustand; und so ist denn gekommen, was kommen mußte: die reinliche Scheidung. Damit ist die Bahn für fruchtbringende Arbeit wieder freigegeben. Die in der Partei verbleibenden Genossen haben die Parteiorganisation sofort wieder flott gemacht und eine neue Kreisleitung gewählt.

Industrie und Handel.

Tabakwucher.

Von zurechnlicher Seite wird uns der Rücktritt des Barons Michel-Rauino von der Zigarettenfabrikationsgesellschaft in Dresden bestätigt. Er dürfte selbst eingesehen haben, daß er nicht zugleich ein Ami besitzen und ein großer Kaufmann vor dem Herrn sein kann. Es wird uns versichert, daß die gegenwärtige Organisation die Verknüpfung händlerischer Interessen mit amtlichen Rechten ausschließt.

Rohstoffbedarf des Handwerks in der Uebergangszeit.

Wegen Ermittlung des voraussichtlichen Rohstoffbedarfs des Handwerks in der Uebergangszeit haben vor einiger Zeit im Reichswirtschaftsamt vorbereitende Besprechungen mit den beteiligten amtlichen Stellen stattgefunden. Es ergab sich Uebereinstimmung, daß zu den für die Bedarfsmittlung nötigen Erhebungen in erster Linie die Handwerkskammern, als die berufene Vertretung des Handwerks herangezogen werden sollen. Die Besprechungen über die Frage werden fortgesetzt.

Der Donez Kohlenbergbau

ist erst ein halbes Jahrhundert alt. Er wurde so gezwungen, daß die russische Kohleneinfuhr seit 1874 bis 1914 von 41,2 Proz. auf 12,0 Proz. des Bedarfs zurückgegangen war. 1918 entfielen von der gesamten russischen Kohlenzeugung auf die Gebiete Donez 70,3 Proz., Polen 19,3 Proz., Ural 3,3 Proz., Kaschmer Kanton 0,8 Proz. und Asten und Kenkassen 6,3 Proz. 1915 war Polen weggefallen und es erzeugten Donez 86,8 Proz., Ural 4,1 Proz., Kaschmer Kanton 1,4 Proz. und Asten mit Kenkassen 8,0 Proz. Man begreift, warum Großrußland auf das Donezbecken nicht verzichten will.

Arbeiternot in der ukrainischen Montanindustrie.

Der Krieg hat die im ukrainischen Wirtschaftsleben zur besonderen Bedeutung gelangte Montanindustrie in eine schwierige Lage gebracht. Ueber die diesbezüglichen augenblicklichen Verhältnisse macht das „Gandelsmuseum“ nähere Angaben, denen wir folgendes entnehmen: Die Kohlenmonopolverwaltung (dabei den Bergwerksbesitzern des Donez-Beckens etwa 214 Millionen Rubel, die von der ukrainischen Regierung zwar anerkannt, aber weder ausbezahlt noch auf laufende Rechnung gutgeschrieben werden. Der dadurch entstandene Geldmangel behindert die Arbeit außerordentlich. Nicht besser steht es mit der Ernährung der Arbeiter, da die Lebensmittelorganisationen aufgelöst wurden. Immerhin ist der Zustand der Bergwerke noch bei weitem günstiger als manche Kreise befürchten. In den nationalisierten Bergwerken wurden die nötigen Instandsetzungsarbeiten von den Arbeitern ausgeführt, und darum sind diese Bergwerke in vollster Ordnung. Schlimmer steht es mit dem Grubenholz. Die gewaltigen Vorräte sind geraubt worden und ein Ersatz erscheint jetzt unmöglich. Die früheren Lieferanten Norddeutschland und Baltikum sind infolge der politischen Verhältnisse ausgeschaltet und die Hoffnung auf die Weisgebiete ist wegen der Holzabfuhr nach Deutschland sehr gering. Neben dem

Grubenholz mangel herrscht auch eine außerordentliche Knappheit an Schmierölen, und die diesbezüglichen Ermartungen auf Zufuhren von Rumänien scheinen unerfüllbar. Am schwierigsten ist jedoch die Lösung der Arbeiterfrage. Die Weisgebiete der Arbeiter bestand aus Großrußen und zu etwa einem Drittel aus Kriegsgefangenen. Die Großrußen sind infolgedessen nach der Sowjetrepublik zurückgekehrt und die Kriegsgefangenen haben trotz aller Gegenbefehle die Betriebe im Stich gelassen und haben den Heimmarsch angetreten. Die Lage ist hinsichtlich der Arbeiterfrage um so bedenklicher, als selbst nach dem Friedensschluß mit der Sowjetrepublik kaum zu rechnen sein wird.

Soziales.

Armenpolizeilicher Arbeitszwang für außerheilige Väter.

Gleichzeitig mit dem Entwurf eines Jugendfürsorgegesetzes ist dem preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesetzesentwurf zugegangen, der die Ausführungsregeln zum Reichsgesetz für den Unterhaltungsanspruch vom 23. Juli 1912 dahin abändern will, daß auch außerheilige Väter, die sich ihrer Unterhaltungsspflicht entziehen, dem armenpolizeilichen Arbeitszwang unterstellt werden können. Entsprechende Bestimmungen sind im Landtage schon seit langem bemerkbar gewesen; es sind auch wiederholt Anträge nach dieser Richtung gestellt worden. Die Regierung hält nunmehr ein praktisches Bedürfnis für eine solche Heranziehung für vorliegend, da nach immer zahlreichere Fälle freiwilliger Nichterfüllung der Unterhaltungsspflicht durch außerheilige Väter und die Abschlebung dieser Verpflichtung auf die Armenverbände beobachtet wird. „Aus wohlhabenden Inhabern von Geschäftsbetrieben werden in der ausgedehnten Absicht, sich der Unterhaltungsspflicht zu entziehen, plötzlich durch Zahlung schiefer entlohener Arbeiter näher oder entfernter Verwandten, aus gutgestellten Söhnen wohlhabender Väter mit geringem Taschengeld ausgestattete Gehilfen, mit hohem Verdienst tätige Arbeiter geben ihre Stelle auf und suchen sich durch Versuch und Uebernahme von Arbeit, die nur ihren eigenen Unterhalt ermöglicht, gegen die Heranziehung zum Unterhalt ihrer unehelichen Kinder zu schützen.“ Gegen derartige nicht zu rechtfertigende Pflichtvergessenheit kann nach Ansicht der Regierung nur der unmittelbare Arbeitszwang schärfen, sie glaubt, daß allein schon die Möglichkeit dieser Verhängung seine böllige Wirkung nicht verfehlt wird, so daß es zu der tatsächlichen Vollstreckung nur in jenen Fällen kommen werde. Diefesbe Beobachtung ist angeblich auch mit der Ausführung des Gesetzes vom 23. Juli 1912 gemacht, dessen allgemein als günstig bezeichneten Wirkungen sich nicht nur in der Richtung geltend gemacht hätten, daß die Fürsorgepflicht nach Erlaß der Anordnung des Arbeitszwanges übernommen ist und die Durchführung des Beschlusses ausgeführt werden konnte, sondern auch darin, daß die allseitige Androhung des Arbeitszwanges in zahlreichen Fällen geeignet ist, um die säumigen Nährpflichtigen zum Unterhalt zu veranlassen.

Frage ist es nur, ob das Gesetz nicht gegen das Reichsrecht verstößt, nach welchem eine rechtskräftig festgesetzte Leistungspflicht nur nach den Vorschriften der Zivilordnung beigetrieben werden kann. Diese Frage bedarf einer eingehenden Prüfung. Ein weiteres Bedenken besteht darin, daß die Vorlage, wenn sie Gesetzeskraft erlangt, die vermögenden unehelichen Väter begünstigt, schließlich ihre Unterhaltspflicht erfüllen können und nur gegen die Unvermögenden wirkt. Will man die Erfüllung der Unterhaltspflicht des außerheiligen Vaters mit schärferen Mitteln erzwingen, so bleibt verfassungsmäßig nur der Weg einer Änderung der Reichsrechtsgesetzgebung, nicht aber der polizeiliche Arbeitszwang übrig.

Gerichtszeitung.

Schlechte Bezahlung bei großer Verantwortung. In welcher krassem Gegensatz Entlohnung und übertragene Verantwortung auch heute noch vielfach stehen, lernte ein vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Verhandlung gekommener Fall. Der Beklagte in dem betreffenden Prozeß, der Zigarrenhändler Preger, hatte die Klägerin Helene D. als Filialleiterin mit einem Monatsgehalt von achtzig Mark und Umsatzprovision engagiert, für welche mehr als niedrige Entlohnung die Klägerin die volle Haftung für das Warenlager, dessen Wert in die Hunderttausende ging, übernehmen mußte. Sie mußte eine Kautions von 300 M. stellen, eine Vertretung oder irgendeine Hilfskraft bekam sie aber nicht gestellt. Der Beklagte seinerseits nahm sich das Recht, mit einem Doppelschlüssel die Filiale aufzuschließen und auch in Abwesenheit der Filialleiterin darin sich aufzuhalten. Vor dem Eintritt der Klägerin war ein Einbruch verübt worden, bei welcher Gelegenheit der Lagerbestand aufgenommen wurde. Nach etwa sechs Monaten machte D. eine neue Inventur, die ein Ranko von 2313 M. ergeben haben soll. Dieien Betrag verlangt der Händler auf dem Wege der Wiederlage zurück, während die Klägerin auf Auszahlung der einbehaltenen Kautions sowie eines Gehaltsrestes von 90 M. klagt. Das Entstehen des Rankos vermag sich die Klägerin absolut nicht zu erklären.

Die Verhandlung ergab, daß die nicht nur in lautmännlichen Dingen unerfahrene, sondern auch gänzlich sachunkundige D. für das Monatsgehalt eine Kautionsverantwortung übernommen hatte, denn sie verkaufte innerhalb der wenigen Monate ihres Dorteins für rund 75 000 M. Zigarren und Zigaretten. — Das Kaufmannsgericht sah den Halbtagslohn in Anbetracht des niedrigen Gesamteinkommens von etwa 140 M. monatlich als gegen die guten Sitten verstoßend an, wies den Zigarrenhändler mit seiner Klage ab und sprach der Klägerin Kautions und Gehalt zu.

Wie die Lebensmittel durch Kettenhandel verteuert werden, zeigte wieder einmal eine Verhandlung, welche die 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschaffte. Angeklagt wegen Kettenhandels und Arienwuchers waren 11 Personen, und zwar Großhändler, Zwischenhändler, Vermittler und Kleinhändler, welche sämtlich an einem Geschäft mit dänischer Sojane beteiligt gewesen waren. Wie die Verhandlung ergab, war von einer Firma Frischhaus in Hamburg ein größerer Posten dänische Sojane in Büchsen eingeführt worden, die, wie der Vorsitzende bemerkte, schon im Großhandel folgende Preissteigerung durchgemacht. Die Sojane kostete ursprünglich 1,10 M., dann 1,40, 1,60, 1,71, 1,85, 1,90 Mark, um schließlich für 3,50 und 5 Mark an den Verbraucher zu gelangen. — Bei der sehr verschiedenen Lage der einzelnen Geschäfte mußte das Gericht die Mehrzahl der Angeklagten freisprechen, da ihnen ihre Einrede, sie hätten geglaubt, der jeweilige Verkäufer sei der Importeur, nicht widerlegt werden konnte. Auch gegen einen Kleinhändler wurde, der die Sojane wieder an einen Großhändler zurückverkauft hatte, erkannte das Gericht auf Freisprechung mit der interessanten Begründung, daß hier zwar ein geschlecht unerlaubtes Geschäft vorliege, bei der herrschenden Lebensmittelknappheit sei es aber die sittliche Pflicht des F. gewesen, die Ware, welche dem Verderben nahe war, auf schnellstem Wege dem Verbraucher zuzuführen, und da er dies in seinem eigenen Geschäft nicht konnte, so habe er durchsichtiger Weise die Ware schließlich einem Großhändler übergeben, der sie sofort an Hotels und Kaffeehäuser absetzen konnte. Verurteilt wurden nur der Kaufmann Salinger und der Kaufmann Loosmann zu je 2000 M. Geldstrafe und der Kaufmann Stuf zu 500 M. Geldstrafe wegen Arienwuchers.

Weiterverhandlungen für das mittlere Norddeutsche bis Sonnabend mittags. Hiemlich warm, im Süden trocken und überlegend, aber im Norden, besonders an der Küste noch veränderlich und an vielen Orten leichte Schmelzregen.

Verantwortl. f. d. Blatt: Dr. Franz Eberich, Berlin-Grödenstr. 116. B. Abdruck aus dem „Volkswacht“, Berlin. Druck: Verlags- und Anzeigen-Druckerei und Verlagsgesellschaft Carl Ziegler u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Stern 1. Beilage zum Unterhaltungsblatt.